

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 180.

Dienstag, den 4. August 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Schatz im Julisturm.

R. K. Von den 4 Milliarden Mark, die Frankreich nach dem Kriege 1870/71 an das Deutsche Reich bezahlen mußte, wurden 120 Millionen Mark in Gold als sogenannter Kriegsschatz im Turm zu Spandau verwahrt, wo sie noch heute ruhen. Sie haben die Bestimmung, den Geldbedarf am Anfange eines Krieges zu decken. Solange das Deutsche Reich noch keine große Flotte besaß und auch sein Heer bedeutend kleiner war als jetzt, reichte der Kriegsschatz für ungefähr acht Tage; er genügte also für einen großen Teil der Mobilisierungszeit. Jetzt aber wird er in zwei bis drei Tagen völlig verbraucht sein. Mit Recht wird oft der Einwand erhoben, daß die 120 Millionen nunmehr über zwanzig Jahre lang unverzinstlich brach liegen, während sie sich, halbwegs gut angelegt, in dieser Zeit verdoppelt hätten. Die preußische Kriegsverwaltung sträubt sich aber heftig gegen eine vernünftige Verwertung des Kriegsschatzes und behauptet, daß es von großer Bedeutung sei, zu Beginn des Krieges über eine bedeutende Summe in Gold verfügen zu können. Dadurch sei es möglich, bei einer Mobilisierung vor anderen Staaten einen Vorsprung von ein paar Tagen zu gewinnen. Wäre dies richtig, so würden auf jeden Fall die anderen Großmächte, die auch nicht auf das Hirn gefallen sind, schon längst für Kriegsschätze gesorgt haben. Die Ausgaben, die die bedeutenderen Länder für ihre Armeen und Kriegsstellen aufbringen müssen, sind derart, daß es auf 120 Millionen Mark für einen solch wichtigen Zweck nicht mehr ankäme. Hätten Frankreich, England, Rußland oder Österreich die Überzeugung, daß ihnen die Aufspeicherung von 120 oder 150 Millionen im Kriegsfall große Dienste leisten und ihnen einen bedeutenden Vorsprung in der Mobilisierung geben würden, so hätten sie schon längst solche Summen reserviert. Daher könnte es nichts schaden, wenn im Reichstag die Aufhebung des Spandauer Kriegsschatzes energischer als bisher gefordert würde.

Es täte dem deutschen Volke sehr wohl, wenn diese Millionen dazu benutzt würden, ihm wenigstens einen kleinen Teil der ihn drückenden Lasten abzunehmen oder ihm eine neue Ausgabe zu ersparen. Da wird zum Beispiel jetzt schon angekündigt, daß, wenn auch nicht in diesem Jahre, so doch in absehbarer Zeit, viele Millionen für die Anschaffung lenkbare Luftschiffe gefordert werden würden. Ein lenkbares Luftschiff kommt unseres Wissens auf ungefähr 800 000 Mark. Man könnte also für die bewußten 120 Millionen eine große Luftflotte anschaffen. Und wenn man das Geld nicht ganz für diesen Zweck ausgeben würde, wäre es ja noch besser. Aber man wird die 120 Millionen hübsch im Spandauer Turm lassen und das deutsche Volk muß die Luftschiffe selbst bezahlen.

Die Luftschiffe werden den Völkern überhaupt enorme Summen kosten. Allerdings ist das einzelne Luftschiff verhältnismäßig nicht teuer, aber das wird den „Kulturnationen“ gar nichts helfen, weil die Militärverwaltungen dann mehr anschaffen werden. Die deutsche Militärverwaltung wird zuerst in diese Kerbe schlagen. Mit den Luftschiffen aber wird es — darüber kann kein Zweifel sein — ebenso gehen wie mit den Schiffen der Kriegsmarine. Es wird ein Wettrennen um die jeweilig beste Konstruktion beginnen, ein Schiffstyp wird den anderen ablösen. Und auf diese Weise werden Millionen über Millionen aus den Taschen des Volkes in jene der Erfinder und Fabrikanten der Luftschiffe wandern.

Die lenkbaren Luftschiffe werden auch auf dem Gebiete des Festungsbauens große Ausgaben verursachen. Mit ihnen würde es leicht sein, die jetzigen Forts von oben einzusehen und gerade auf ihre wunden Punkte Bomben herabzuschleudern. Die Forts werden daher über kurz oder lang mit mehr bombensicheren Räumen, Verbindungswegen etc. versehen werden. Es taucht auch hier die Frage auf, ob man nicht auch die größeren Bahnhöfe wird bombensicher machen müssen, weil eine ernste Störung ihres Betriebes zugleich eine folgenschwere Störung der Mobilisierung bedeuten würde.

Dem deutschen Michel und den anderen Völkern wird also das lenkbare Luftschiff Summen kosten, von denen man jetzt noch gar keine Ahnung hat. Und so etwas nennt man Kultur; ja, es gibt sogar Leute, die stolz sind, eine solche „Kultur“ zu haben! Dabei scheinen sie freilich nicht an das unausbleibliche Ende zu denken. Daß die modernen Rüstungen zum Staatsbankrott führen müssen, wenn sie so weiter betrieben werden, wie bisher, ist klar. Gerade die Anhänger des Bestehenden, die Thron- und Altarstützen, hätten also triftige Gründe, für eine Abrüstung oder wenigstens eine Beschränkung der Rüstungen

energisch einzutreten, während die Sozialdemokratie, der nichts angenehmer sein kann als der Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft, sich über den Militarismus zu Lande, zu Wasser und in der Luft herzlich freuen könnte, wenn nicht das Proletariat in erster Linie unter den kolossalen Steuern zu leiden hätte und die Milliarden, die die Wehrmacht verschlingt, nicht der Kultur unwiederbringlich verloren wären. Je länger die herrschenden Klassen dem tollen Wettrennen zusehen, um so geringer wird die Hoffnung, ihm ohne die Aussicht auf eine fürchterliche wirtschaftliche Katastrophe Einhalt zu gebieten. Der bewaffnete Friede wird, je länger er währt, zu einem immer lukrativer werdenden Erwerbszweig des Kapitalismus, den man zuletzt garnicht mehr beschneiden kann, ohne eine schwere Krisis heraufzubeschwören. Die herrschenden Klassen wissen genau, daß es auf die Dauer nicht so weiter gehen kann wie bisher und dennoch wehren sie sich gegen eine Abrüstung. Mit offenen Augen rennen sie in ihr eigenes Verderben. Warum sie so militärfremd sind, ist bekannt: Sie profitieren vom bewaffneten Frieden, sei es nun durch die Versorgung eines Teiles ihrer Söhne in den Offiziersstellen, sei es durch die Gewinne, die sie aus Lieferungen an die Armee oder Marine als Aktionäre oder Unternehmer beziehen. Diese Vorteile hindern sie freilich nicht, sich gegen direkte Steuern zugunsten der Wehrmacht mit Händen und Füßen zu sträuben.

Mit Entzückung weist mancher patriotische Professor auf den angeblichen Ausspruch der Marquise de Pompadour: „Après nous le déluge“ („Nach uns die Sintflut“) hin und merkt gar nicht, daß bei uns nach dem nämlichen Prinzip gewirtschaftet wird. Schulden werden auf Schulden gehäuft, ohne daß auch nur die geringste Hoffnung besteht, daß die Anleihen aufhören, die Steuerlast wird immer mehr angezogen, die Lebensmittel- und Wohnungspreise steigen in einer Weise, daß die Erhöhung der Einkommen in gar keinem Verhältnis zu ihnen steht, in Preußen und in Sachsen werden die Arbeiter vielfach als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt, obwohl nur ein Narr übersehen kann, daß der deutschen Arbeiterschaft dank ihrer hervorragenden Organisation und Intelligenz eine große Zukunft winkt, die Sufiz ist so veraltet und voller Widersprüche usw. mit Grazie. Aber es wird im allgemeinen weitergemurrt. Und wenn eine Reform kommt, so ist sie gewöhnlich nicht übermäßig bewundernswürdig. So hilft alles zusammen, das Bestehende langsam unhaltbar zu machen und durch eine neue Gesellschaftsordnung, die mit dem überlebten aus früheren Jahrhunderten ererbten Kram und Trödel gründlich aufzuräumen wird, zu ersetzen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Wirkungen der Wucherzölle.

Immer mehr drängt sich den Vertretungen der Handelswelt das Bewußtsein auf, daß die neuen Handelsverträge, die auf Grund des agrarisierten deutschen Zolltarifs und an der Hand der Retorsionszölle des Auslandes abgeschlossen worden sind, der deutschen Industrie und dem Exporthandel zum Verhängnis zu werden drohen. Das ist nicht so scharf in die Erscheinung getreten, solange eine beispiellose Hochkonjunktur herrschte. Aber mit dem Einsetzen der wirtschaftlichen Depression hat sich dieser schlimme Einfluß sofort stark bemerkbar gemacht. Auch der Jahresbericht der Handelskammer in Halle gibt dafür Beweismaterial. Danach haben die mit den Handelsverträgen eingetretenen Zollherabsetzungen der Maschinenindustrie den Export u. a. nach Spanien, Österreich-Ungarn, Rußland, Italien, Rumänien erschwert. Neben den genannten Ländern ist der Farbensfabrikation durch die hohen Zölle der Export auch nach Frankreich zur Unmöglichkeit geworden. Auch auf die Papierwareindustrie haben die neuen Handelsverträge einen schädlichen Einfluß ausgeübt; sie ist gezwungen worden, ihr Exportgeschäft auf Holland und England zu beschränken. Das Auslandsgeschäft der Schälmehlen nach Rußland ist infolge des hohen Zolles bis auf ein Minimum zurückgegangen. Mit Bezug auf die Zuckerindustrie wird in dem Bericht gesagt, die Verteuerung der Lebensmittel und besonders das Abflauen in der Industrie werden ohne allen Zweifel auf den Inlandsverbrauch ungünstig einwirken, zumal gerade Zucker immer noch ein Luxusartikel ist und es bei dem großen Publikum besonders ins Gewicht fällt, ob für das Pfund Streuzucker 24 oder aber nur 19, höchstens 20 Pfg. gefordert werden.

Jetzt kommen die Klagen leider zu spät. Hätten die Herren von Industrie und Handel sich seinerzeit, als der Kampf um den Zolltarif tobte, nicht so vertrauensvoll erwiesen, und sich entschieden zur Wehr gesetzt, dann hätte viel Unheil vermieden werden können. Aber da war es

schließlich die Sozialdemokratie allein, die den Kampf mit aller Energie führte. Selbst die Freisinnigen ließen sie im Stich.

Freisinniger Weltsehmerz.

Den paar Blockfreisinnigen, die sich noch einige ihrer „früheren Grundsätze“ in die Gegenwart gerettet haben, schlägt das Gewissen über die Erfolge der Blockära. So hat sich der Führer der Freisinnigen Vereinigung — Reichstagsabgeordneter Schrader — folgendermaßen ausgesprochen: „Dem Reichstage sei als liberales Entgegenkommen ein Reichsvereinsgesetz gebracht worden, das einige Verbesserungen gegen die bisherigen Zustände brachte, aber mit dem unseligen Polenparagrafen bezahlt war.“ — Dem preussischen Landtage wurde das Gesetz über die Enteignung polnischer Grundbesitzer abgezwungen. Völlig klargelegt wurde, daß die Blockpolitik auf Preußen keine Ausdehnung finde. Dem Reichstage wurde ein Etat vorgelegt, der eine trostlose Finanzlage enthüllte. Die Wahlen zum preussischen Landtage zeigten — trotz der Erklärungen des Reichskanzlers, der die Unparteilichkeit der Regierung zusicherte, das alte, beherrschende Beeinflussungssystem. Sie ergaben ein Abgeordnetenhaus, das sich politisch nicht wesentlich von dem vorhergegangenen unterscheidet. Damit sind alle Hoffnungen auf einen Wechsel der preussischen inneren Politik begraben.“ Und dann stellt er folgendes fürchterliche Ultimatum an die Regierung: „Die Frage ist jetzt dringend geworden, ob die Freisinnigen lediglich auf Hoffnungen hin, die sich wahrlich bisher nicht als berechtigt erwiesen haben, weiter eine Politik treiben sollen, die droht, immer von neuem bedenkliche Anforderungen an sie zu stellen. Will die Regierung ihre Unterstützung, so muß sie jetzt endlich die Sicherheit bieten, daß sie eine Politik treiben will — und auch treiben kann, in Preußen und im Reich, der freisinnige Politiker mit gutem Gewissen ihre Hilfe leihen können.“ — Die Regierung wird wohl vor den Freisinnigen nicht allzu große Angst haben, da sie ja weiß, wie das Zentrum darauf wartet, wieder in Gnaden aufgenommen zu werden. Aber auch die Schmerzen des Freisinnigen werden durch einen neuen, reichlichen Ordenssegen erheblich gemildert werden.

Unglaublich dumm!

Die sogenannte „Frei. Ztg.“ ist mächtig verärgert, daß in den letzten Wochen auch von der wirklich demokratischen Presse und den Leuten der Parteigruppe in öffentlichen Versammlungen ihr schönes Denunziantenstückchen, das sie sich unmittelbar nach dem 3. Juni gegen Berliner Beamte geleistet hatte, mehrfach in scharfen Worten geäußert worden ist. Sie polemisiert in ihrer neuesten Nummer wieder einmal gegen Dr. Barth und bringt es dabei zu der folgenden ungläublichen Dummheit:

„Was sagen denn nun aber die Barthianer dazu, daß ein führendes Organ der ihnen so eng befreundeten Sozialdemokratie, die „Frankf. Ztg.“, die Namen der freisinnigen Wahlmänner aufzählt, die bei der Stichwahl im Oberamt für Herr v. Bülow gestimmt oder sich der Stimmabgabe enthalten haben? Wir haben auch bisher gar nichts in der Presse der „Demokratischen Vereinigung“ gesehen, daß diese die Art und Weise verurteilt, wie in einem im Friedenauer Ortsteil von Schöneberg jüngst verteilten sozialdemokratischen Flugblatt, Wahlmänner aus „Geschäftsreisen“, die für den freisinnigen Kandidaten gestimmt haben, mit Namen denunziert wurden unter der Aufforderung, bei ihnen nichts zu kaufen.“ — Ja, Bauer, das ist ganz was anderes!“

Wir können es verstehen, daß die Freisinnigen von der Wirkung ihrer schönen Denunziation nicht besonders erbaut ist, aber daß sie zu so albernen Mitteln greift, um ihre Tat zu verteidigen, kann nur zu einem herzhaften Lachen Anlaß geben. Wenn ein Wähler sich zu der Rolle des Wahlmannes hergibt, ist es nur selbstverständlich, daß er auch die Konsequenzen seiner Handlung zu tragen hat. In der öffentlichen Nennung der Namen von Wahlmännern einen Terrorismus zu finden und diesen mit der indirekten Aufforderung zur Maßregelung von Beamten wegen ihrer politischen Stellungnahme oder auch nur wegen ihres Fernbleibens vom Wahlakt auf eine Stufe zu stellen, bringt nur ein reaktionäres Blättchen vom Schlage des Wienerorgans in seiner Verlegenheit fertig.

Parademarsch.

Der Parademarsch ist ein Zeichen höherer Kultur; als solcher ist er sehr alt. Von ägyptischen Wandgemälden wissen wir, daß die Fronarbeiter unter den Klängen freilich etwas primitiver Instrumente, die aber ihren Ohren lieblich klangen, ihr Tagewerk verrichteten. Das spornete an. Parademarschmäßig wälzten sie große Steine und rührten die Feldgeräte. Und die Despoten im inneren Afrika haben die ägyptische Erbweisheit heute noch nicht vergessen. Wenn ihre Sklaven das Feld bearbeiten, stehen etliche Musikanten hinter ihnen und daneben die Antreiber mit Stöcken. So geht die Arbeit in parademarschmäßiger Ordnung von statten. Wer will da bezweifeln, daß im Parademarsch und seiner Musik und

Ordnung ein großes Element der Kultur steckt! Nur Märgler und vaterlandslose Gesellen können das. Es ist also nur recht und billig, wenn im Deutschen Reich die Parademarsch und die Parademarschmusik entsprechend gefördert und gewürdigt wird. Es haben nicht nur die Waffstangen einiger Schiffe ihre besonderen Orden, es haben auch etliche Regimenter ihre besonderen Parademarsche. Die Zahl dieser Auserlesenen ist jetzt um eins vermehrt worden. „Der Kaiser hat dem Leibgarde-Infanterie-Regiment (1. Großherzoglich-Heffisches) Nr. 115 den für dieses Regiment bearbeiteten Marsch als Parademarsch mit der Maßgabe verliehen, daß bei großen Paraden das Regiment allein berechtigt sein soll, diesen Marsch zu spielen.“ Was natürlich ein dringendes Bedürfnis war in der Zeit des Reichsdalles und der Kultur der langen Schritte. Und nur die Rollen verstehen davon nichts. Heil!

Lucanus †

Der Chef des Geheimen Zivilkabinetts, Wirklicher Geheimrat Dr. v. Lucanus, ist in der Nacht zum Montag gestorben. Mit ihm ist ein Mann aus dem Leben geschieden, dessen Einfluß weiterging, als es in der Öffentlichkeit schien. Er war nicht etwa bloß der Geheimsekretär Wilhelms II., sondern sein Ratgeber in vielen hochwichtigen Dingen. Bei den Ministern war er eine gefürchtete Erscheinung, denn sein Besuch bedeutete in der Regel den Beginn der „Gesundheitsrückichten“, die nach wenigen Tagen den Rücktritt des betr. Ministers erforderten. Das Zivilkabinett ist die nicht verantwortliche Nebenregierung, eine Einrichtung, die in einem wirklich konstitutionellen Staatswesen unmöglich wäre, die aber für Deutschland der sichtbare Ausdruck des bestehenden absolutistischen Regimes ist. Lucanus, der seit herige Repräsentant dieses Systems, ist nicht mehr, das System aber bleibt erhalten. Nachfolger des Verstorbenen dürfte Herr v. Valentini werden, der ihn in der letzten Zeit bereits vertreten hat.

Reichs-Finanzenland.

Die Einnahmen des Deutschen Reiches im Monat Juni zeigen nach den vorliegenden Abschüssen wieder ein recht ungünstiges Ergebnis. Besonders der Ertrag aus Zöllen und Verbrauchssteuern bleibt erheblich hinter den Vorausschlägen zurück. Die Einnahme aus der Fahrkartenerhöhung ist höher als angenommen, das hängt aber damit zusammen, daß in diesem Monat das Pfingstfest mit seinem gesteigerten Reiseverkehr fiel. Die Mindereinnahme übersteigt den Betrag von 10 Millionen Mark. Da bei den Ausgaben nicht mit Ersparnissen, sondern weit eher mit Überschreitungen der Vorausschläge gerechnet werden muß, wird die Finanzlage des Reiches immer trostloser.

Der Militärstaat.

Ein neuer Beweis dafür, daß Deutschland nichts anderes als ein großer Militärstaat ist, wird gegenwärtig durch ein Vorkommnis in Mainz erbracht. Dem „Berl. Tageblatt“ wird hierüber geschrieben: „Bei dem Vorstand der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft hatte sich die Stadt Mainz um Übernahme der Ausstellung im Jahre 1911 gemeldet. Die Angelegenheit hatte alle Aussicht, im Sinne der städtischen Verwaltung geregelt zu werden. Als Ausstellungsplatz wurde der Militärengpass, der sogenannte „Große Sand“ bei Gonsenheim ins Auge gefaßt. Noch bedurfte es zur endgültigen Festlegung des Projektes der Einwilligung der Militärbehörde. Ein dahingehendes Gesuch wurde seitens der Stadt an das Gouvernement gerichtet. Die Antwort, die daraufhin von der Militärbehörde bei der städtischen Behörde einlief, hat nun eine allgemeine Überraschung hervorgerufen. Wie das Gouvernement in dem betreffenden Schriftstück erklärt, will man das Ersuchen der Stadt um Überlassung des Militärengpasses als Ausstellungsplatz erfüllen, jedoch ist die Einschränkung gemacht, daß der Platz vor dem 15. Juli 1911 nicht zur Verfügung gestellt werden könne. Unter diesen Umständen mußte die Stadt Mainz auf die Übernahme der Ausstellung verzichten.“ — Es ist einfach unerhört, was sich hier die Militärbehörde herausnimmt. Solche Vorkommnisse werden zweifellos dazu beitragen, die Gegnerkraft gegen den Militärstaat und seine Begleiterscheinungen zu stärken!

Die Kriegsheter an der Arbeit.

Als Einleitung zur neuen Militärvorlage, die bereits in der Presse angekündigt wurde, ergeht sich die „nationale“ Presse seit Monaten in den tollsten Kriegsheterien. An dieser Heterie beteiligen sich selbst so fromme Blätter wie die „Ev.-Luther. Kirchenzeitg.“ In einer politischen Rundschau schreibt das Pastorenblättchen über den Fall eines Krieges:

Sache des Staates ist es, dafür zu sorgen, daß wir für diesen Zeitpunkt gut ausgebildet und gut bewaffnet sind; Sache des ganzen Volkes aber, daß wir auch physisch und moralisch gerüstet sind. Heute liegt nur das Meer, das entbehren kann, ohne zu murren. Nicht nur Nahrung entbehren; sondern auch Schlaf und ein trocknes Obdach. Tagüber kann man in dem Zukunftsriege von den neugierigen Lufschiffen über uns keine Bewegung verbergen. Darum wird immer nachts marschieren werden müssen und das Einholer zur Sage werden. Dann zeigt es sich, was ein Volk wert ist. Ist es entsetzt durch Entenburgerien, so verjagt es; ist es noch guter, frommer Turnergeist in ihm, so beschützt es sich. Die Anstrengungen eines modernen europäischen Feldzuges werden unendlich sein und das entscheidet nach höchstem Maß nicht nur die Macht der Waffen, sondern vor allem die Kraft des Gemütes. Haben wir sie noch mehr als andre Nationen? Diese Frage müßte sich täglich ein jeder Volkserzieher, ein jeder Familienvater vorlegen, besonders bei allem Genuß und Vergnügen in friedlicher Zeit.“

Man sieht: wenn die Frommen sich mit Politik beschäftigen, kommt nur Unheil heraus. Bezeichnend ist es aber immerhin, daß auch die „Diener im Weingarten des Herrn“ mit in das Kriegshorn tönen, anstatt den kramarbsperrenden Kriegsheter etwas auf den Mund zu geben.

In den Landtagswahlen in Hessen.

Der Kampfschrei der Parteien für die im Herbst stattfindenden Wahlen hat begonnen. In dem heiß umstrittenen Wahlkreis des Genossen Karl Ulrich-Offenbach-Stadt ist von den Bürgerlichen der nationalliberale Fabrikant und Stadtverordnete Theodor Boehm, bekannt dadurch, daß er gegen die im Offenbacher Saalbau (Gewerkschaftshaus) verkehrenden Arbeiter die Anwendung der Hundepetische empfahl, aufgestellt worden. In Offenbach-Land, bisher vom Landessekretär Genossen Drb vertreten, ist ein Zentrumsmann, der Stadtverordnete Schneider Nessel aufgestellt. Es scheint, als wenn Nationalliberale und Zentrum in beiden Kreisen sich zu gegenseitiger Hilfe verbunden hätten, um unseren Genossen die Mandate abzunehmen. Der Kampf wird heiß werden.

Schweiz.

Gegen die Auslieferung Waffiliens wird von unseren Genossen ein Proteststurm im ganzen Lande arrangiert. Die Geschäftsleitung der Partei in Biel fordert in einem Manifest die Parteiorganisationen zu Protestaktionen auf und ersucht, allenthalben folgende Resolution zu fassen:

1. Es liegt in der Geschichte, im Wesen und in der Aufgabe des schweizerischen Volksstaates, das Asylrecht hochzuhalten.

2. Der Russe Waffiliem hat das schweizerische Asyl aufgesucht, nachdem er einen Beamten der russischen Regierung, der scheinbare Brutalität an Frauen und Kindern verübt hat, als einen Feind der freiheitlichen Entwicklung seines Vaterlandes im Auftrage seiner Partei gerichtet hatte. Bei dieser Tat haben den Mann, der keines gemeinen Verbrechens fähig ist, keine persönlichen Beweggründe geleitet. Er wollte der freien Entwicklung seines Volkes und Landes einen Dienst leisten. Nach unserer Überzeugung und nach den bekannt gewordenen Tatsachen war die Tat Waffiliens eine rein politische und kein gemeines Verbrechen.

3. Waffiliem hat auch das schweizerische Asyl in keiner Weise mißbraucht.

3. Obgleich wir weder den Fürsten- noch den Beamtenmord an sich als ein wirksames Mittel zur Bekämpfung eines herrschenden sozialen Systems oder einer bestehenden Staatsform ansehen, so halten wir doch die Auslieferung Waffiliens an seinen Gegner, die parteiische Polizeigewalt des despotischen russischen Staates, als eine Verletzung des schweizerischen Asylrechtes und erheben laut und einmütig unsere Stimme dagegen.

5. Wir verlangen die Kündigung des bestehenden Auslieferungs-Vertrages mit Rußland.“

Rußland.

Ein Gebet. Einer der Führer der Schwarzen Hundert, der Pfaffe Soome von Kronstadt, schickt in seinem Leiborgan folgendes Gebet gen Himmel:

Gott im Himmel, bringe um deiner Kirche willen Frieden in Rußland, um deiner armen Leute willen mache dem Aufruhr und der Revolution ein Ende. Nimm deinen Lasterer, den bösen und treulosen Lew Tolstoi und alle seine leidenschaftlichen Anhänger und den Freund der Juden, Witte, weg von dieser Erde.“

Wenn es einen Gott im Himmel gäbe, dann müßte er alle jene Schurken von der Erde nehmen, die in seinem Namen die Kämpfer für die Freiheit zu Hunderten und Tausenden abschlachten.

Der Generalkrieg, der für den gestrigen Montag für Paris proklamiert war, ist nach den Meldungen bürgerlicher Blätter als gescheitert anzusehen. Unsere Genossen wirken auf die sofortige Einberufung des Parlaments hin.

Gestern sind weitere sechs Mitglieder des Allgemeinen Arbeiterverbandes verhaftet worden. — Unter den schwerverletzten Opfern der Soldateska befinden sich die Sekretäre des Transport- und Lederarbeiterverbandes; letzterem ist der rechte Arm amputiert worden.

Frankreich.

Ordnungsfanaille. Die blutigen Ereignisse in Villeneuve haben gezeigt, daß in der Bourgeoisie der rückwärts-geige Haß gegen das Proletariat, der 1848 in der Suntschlacht und 1871 in der Niederwerfung der Kommune seine Orgien gefeiert hat, noch ungechwächt fortlebt. Man lese nur, was der großkapitalistische „Temps“, also sicher der unverdächtigste Zeuge, in seiner Schilderung des Barrikadenkampfes berichtet:

Es gibt ein wütendes Handgemenge. Die Dragoner schlagen mit dem Kolben drein. Die Offiziere haben ihren Revolver in der Faust. Von den Fenstern aus ermuntert man die Soldaten. Man ruft ihnen zu: „Verfehlt sie nicht! Vorwärts! Mut! Nur ordentlich los!“ Vor einem Verwundeten, den man vorüberträgt und dem das Blut vom Kopf rieselt, klatschen Frauen in die Hände. Ein Zuschauer will ihnen Ruhe gebieten: „Etwas Mitleid für einen Verwundeten.“ Sie aber erwidern: „Ach was, die Kanillen. Sie haben sich verdient!“

Die edle Damenwelt hat aber auch im anderen Geschlecht ebensürdige Bekenner humaner Bürgermoral gefunden. Der Berichterstatter der „Humanite“ hat einen Bourgeois wahrgenommen, der hinter den Kolladen seines Hauses lauert, in den Haufen der Arbeiter hineinzuschöpfen. Der Mann hatte also nicht genug daran, daß die zum Militär eingezogenen Proletarier zum Heil der bürgerlichen Ordnung auf ihre Klassengenossen Salvenfeuer abgaben, er wollte noch sein verfeinertes, privates Jagdvergnügen haben. Schließlich kommt das Schiefen auf Arbeiter ja auch billiger, als wenn man einem Klub für Laubenschießen beitrifft.

Finnland.

Der Landtag wurde gestern eröffnet. Unter den gewählten Vizepräsidenten befindet sich auch ein Sozialist.

Perthien.

Der Kampf in Lääris hat nunmehr, nachdem die Besprechungen zwischen den kriegführenden Parteien zu keinem Resultat geführt haben, wieder begonnen. Die Regalister bombardieren jetzt die Zitadelle.

Vereinigte Staaten.

An der Arbeit! Der Parteivorstand der sozialistischen Partei in den Vereinigten Staaten hat beschlossen, zur Wahlagitiation den Präsidentschaftskandidaten Eugene Debs eine große Rundtour durch das ganze Land machen zu lassen. Ein Extrazug, aus drei Wagen bestehend, der etwa 20 000 Dollar (82 500 Mk.) kostet, wird ausgerüstet werden; an 500 Orten soll er halten und 60 Tage unterwegs sein. Wo der Zug hält, werden die Parteigenossen große Vorbereitungen zum Empfang und zu Versammlungen treffen, in denen der Kandidat der Sozialisten sprechen wird. Ein Musikkorps wird im Zuge sein, jedoch sein Kommen überall Aufsehen erregt. Große Massen von Literatur zur Aufklärung über sozialistische Ziele und Zwecke werden mitgeführt, um verkauft und verteilt zu werden. Etwa 20 Genossen werden Debs begleiten und nach Kräfte überall agitieren. Am 31. August soll der Zug Chicago verlassen, durch den Nordwesten bis Seattle und Tacoma am Stillen Ozean gehen und von dort längs der Küste bis nach Los Angeles in Süd-Kalifornien, dann weiter über Newes in Kolorado und St. Louis in Missouri zurück nach Chicago. Die zweite Tour geht von dort über den nördlichen Teil der Mittelstaaten, durch Neu-England, Newyork, Pennsylvania bis Maryland, dann zurück über Cincinnati und Louisville nach Chicago. Die Südstaaten bleiben unberührt. 11 000 englische Meilen wird der Zug zurücklegen. Ein Teil der Kosten wird durch die Reise selbst gedeckt werden, denn bei jeder Versammlung werden kleine Einnahmen erzielt, und man hofft, viele Broschüren zu verkaufen. Der Zug selbst hat eine Vorrichtung, um eine Rednertribüne herzustellen, Musik, Fahnen und Banner sind ebenfalls vorhanden, so daß unter freiem Himmel sofort eine Versammlung abgehalten werden kann, wenn die Genossen am Orte die öffentliche Aufmerksamkeit auf den kommenden Zug lenken. Sammlungen zu einem Fonds, um 15 000 Dollar für das Unternehmen sicherzustellen, sind an vielen Orten eingeleitet worden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 4. August.

Achtung Bauarbeiter! über die Stielbauarbeiten in der Markt- und Kaiser Wilhelmstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Börner, ist wegen Nichtumkehrung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt worden.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Stielbauarbeiten in der Marktstraße sowie über den Bau in Kaltenhof-Schwartau, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Börner, die Sperre verhängt worden. Als Akkordanten fungieren F. Jabs, Werderstraße, F. Wädel, Krempelsdorfer Chaussee.

Achtung Schuhmacher! über die Schuhwaren-Reparaturwerkstätten von Peter Bernhardt, Güterdamm 10, sowie G. Dettmann, Königstraße 24, ist wegen Nichtumkehrung unserer Organisation die Sperre verhängt worden. Die Arbeiterchaft Lübecks wird ersucht, hiervon Notiz zu nehmen.

Der Sozialdemokratische Verein hielt gestern abend im Vereinshaus eine Versammlung ab, die sich eines guten Besuches erfreute. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Mitglieder Thiel und Wieninb a und widmete auch den durch den Tod aus den vorderen Reihen unserer Partei herausgerissenen Genossen F. J. Ehrhart und G. Börlig ehrende Worte. Die Versammlung ehrte das Andenken der Dahingeschiedenen in der üblichen Weise. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: der Parteitag in Nürnberg nahm Genosse Schneider das Wort, um in knappen Umrissen ein Bild eines Teiles der Aufgaben zu geben, welche den Parteitag erwarteten. Er wünschte u. a. auch, daß zur Maifeierfrage auf dem Parteitag entschiedener Stellung genommen werden möge, um die nötige Klarheit zu schaffen. Man dürfe nicht einfach auf den internationalen Kongreß verweisen und diesem die Entscheidung überlassen. Gerade die Deutschen seien an der Maifeier stark interessiert. Weiter hofft Redner, daß die Referate und Diskussion über die Reichsfinanzreform sowie über Sozialpolitik und der neue Kurs den Anlaß zu einer regen Agitation gegen die volksfeindlichen Pläne der Regierung und der herrschenden Parteien geben werden. (Beifall.) Genossin Schlomer besprach die Jugendorganisation, Frauenorganisation und den Bildungsanschluß; sie lieferte den Nachweis, wie notwendig gerade auf diesen Gebieten die Mitwirkung der Genossinnen ist. Auch diese Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. Vom Vorsitzenden, Genossen Löwigt, wurde sodann mitgeteilt, daß der Vorstand vorschlägt, folgenden Antrag zum Parteitag zu stellen:

Der Sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Lübeck beantragt, der Parteitag wolle beschließen, in Zukunft sind vor sehr wichtigen Aktionen und Vereinbarungen, die von der Haupt-Parteileitung getroffen werden sollen, die Vorstände resp. Vorsitzenden der Landesorganisationen oder Agitationskomitees zu einer Konferenz zusammenzuberufen; mindestens muß jedoch ihre Ansicht eingeholt werden.

In der Begründung wurde besonders darauf hingewiesen, daß die Vereinbarungen, welche zwischen der Parteileitung und der Generalkommission der Gewerkschaften bezüglich der Maifeier getroffen worden sind, sicherlich nicht erfolgt wären, wenn man vorher die Parteigenossen, die an der Spitze der Landesorganisationen resp. Agitationskomitees stehen, gehört hätte. Die Versammlung beschloß, den vorstehenden Antrag an den Parteitag zu richten; ebenso folgenden Antrag:

Der Parteitag möge beschließen, daß in Zukunft die Protokolle über die Verhandlungen der Parteitage an die Parteimitglieder zum Selbstkostenpreise abgegeben werden.

Der Antrag wurde damit begründet, daß der ständig steigende Preis der Protokolle, der sich zuletzt auf 1 Mk. belaufen habe, es den Genossen unmöglich mache, sich die Protokolle, die eigentlich jedes Parteimitglied besitzen müsse, anzuschaffen. Hier müsse Wandel geschaffen werden, indem man die Protokolle zum Selbstkostenpreise an die Genossen abgibt. Zu Delegierten wurden Genosse Schneider und Genossin Schlomer gewählt; letztere soll den Verein auch auf der Frauenkonferenz vertreten. In der Debatte über die Delegiertenwahl wurde von zwei Genossen gewünscht, man möge auch einmal einen Arbeiter als Delegierten wählen und nicht immer Paradedeser. Vom Vorstand wurde darauf erwidert, daß die Genossen selbstverständlich das Recht besitzen, Delegierte nach ihrem Geschmack zu wählen. Wenn bisher Genossen vorgeschlagen und gewählt worden seien, die auch agitatorisch tätig sind, so wäre das gelobt, um die Eindrücke und Anregungen, welche auf dem Parteitag

tage gegeben werden, der Agitation wieder zugute kommen zu lassen. Es gibt keinen Unterschied unter den Genossen, mögen sie gewerblich tätig sein oder im Dienste der Arbeiterbewegung stehen. Den Bericht der Vertrauensperson der weiblichen Mitglieder erstattete die Genossin Wisfoll; demselben ist zu entnehmen: Am 9. August 1906 fand im Vereinshaus gemeinschaftlich mit dem Vorstande des Sozialdemokratischen Vereins eine Versammlung der weiblichen Mitglieder desselben statt. In dieser Versammlung wurde beschlossen, zu versuchen, einen näheren Zusammenhalt zwischen den organisierten Frauen zu schaffen, um weiterhin die Frauen überhaupt mehr für die sozialistischen Ideen zu gewinnen. Um dieses möglich zu machen, sollte neben der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins in jedem Monat eine Versammlung der weiblichen Mitglieder stattfinden. Zur Leitung der Versammlungen und Agitation wurde als Vertrauensperson Genossin Wisfoll gewählt. Vom August 1906 bis Juli 1908 fanden 24 Mitgliederversammlungen statt. In diesen Versammlungen referierten die Genossin Schlomer 6 mal, Genossin Wisfoll 5 mal, Genossen Schwarz, Dr. Schlomer und Weyers je 2 mal und Genossen Stellung und Schneider je 1 mal, in 6 Versammlungen wurden Vorlesungen gehalten. Es wurden in dieser Zeit 5 öffentliche Frauenversammlungen vom Vorstand einberufen, in denen die Genossinnen Schlomer, Frau Dr. Weyl, Frau Zieg und Frau Baumann referierten. In einer der Versammlungen der weiblichen Mitglieder am 4. April 1907 wurde beschlossen, eine kleine Broschüren-Bibliothek zum Zwecke der Agitation anzuschaffen und dieses ist auch geschehen; dieselbe wurde recht fleißig benutzt. In einer weiteren Mitgliederversammlung am 8. August 1907 wurde auf Anregung des Generalsekretärs die Frage der Dienstbotenorganisation erörtert und beschlossen, für eine solche Organisation in Lübeck zu arbeiten. Die ganzen Vorarbeiten sowie die weitere Agitation und Verwaltung wurde und wird von den Genossinnen zum Teil unter Beihilfe des Kartellvorstandes gemacht. Es wurden ferner 2 Ausflüge und eine Besichtigung der Kinderkunstausstellung veranstaltet. Durch Bildung einer besonderen Kommission wurde auch Vorträge getroffen, um auf dem Gebiet des Kinderbuches zu wirken. Hervorgehoben sei noch, daß die Genossinnen, wenn es nötig war, immer mit der größten Bereitwilligkeit sich zum Flugblatt- und Laufzettelaustragen zur Verfügung stellten und an allen Arbeiten im Wahlkampf sich beteiligten. Im August 1906 betrug die Zahl der weiblichen Mitglieder 20 und heute beträgt sie 219. Von den Genossinnen werden 135 „Gleichheit“ gelesen, wogegen die Zahl derselben vor 2 Jahren nur 4 betrug. Es ist also in den letzten 2 Jahren tüchtig gearbeitet und vorwärts gegangen. Im Verschiedenen wurden einige interne Angelegenheiten besprochen. Nachdem noch die Genossin Schlomer darauf hingewiesen hatte, daß die nächste Zusammenkunft der weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins bereits am Mittwoch stattfindet, erfolgte Schluß der Versammlung.

Zur Verpachtung der Lübecker Straßenbahn an die Allgemeine Lokal- und Straßenbahn erfährt ein hiesiges Blatt, daß die Nachtbedingungen im wesentlichen dahin gehen: Die Berliner Bahn soll sich verpflichten, die Linien nach Moisling und zum Weißen Engel an der Ragerburger Allee zu bauen. Außerdem hat sie für die Überlassung der Lübecker Straßenbahn jährlich eine Pacht von 25 000 Mark zu zahlen. Das ist der Kern des Pachtvertrages. Wie unsere Leser wissen, hat uns die Lübecker Straßenbahn 463 000 Mark gekostet; jetzt sollen noch drei neue Anhängerwagen für 21 000 Mk. angeschafft werden. Wenn diese Angaben zutreffen, so kann man nicht behaupten, daß mit der Verpachtung das Interesse des Lübeckischen Staates ausreichend gewahrt ist. Nach unserem Erachten liegt für den Staat überhaupt absolut kein Grund vor, ein Verkehrs-Institut, das sich gut rentiert, fortzugeben und in die Hände von Privatven zu legen. Die Berliner Gesellschaft will die Bahn sicherlich nicht pachten, um damit den Verkehrsinteressen Lübecks in ungenügender Weise zu dienen, sondern sie will Gewinne daraus ziehen. Wir sind der Meinung, daß der Staat Lübeck gar keine Veranlassung hat, zu einer weiteren Bereicherung Berliner Aktionäre die Hand zu bieten.

Das Secant verhandelte in seiner gestrigen Sitzung über den Untergang des der Firma L. Roschl u. Co. gehörigen mit Erz beladenen Dampfers „Nordsee“, der am 17. Mai d. Js. infolge Zusammenstoßes mit dem Dampfer „Avoca“ in der Nähe von Hoek van Holland erfolgte. Die Katastrophe ereignete sich bei nebligem Wetter. Opfer des Zusammenstoßes wurden der Matrose Joakimann und der holländische Lotse. Das Secant fällte folgenden Spruch: Der Untergang des Dampfers „Nordsee“ ist darauf zurückzuführen, daß der Dampfer „Avoca“ trotz des herrschenden Nebels mit zu großer Geschwindigkeit gefahren ist. Führer und Besatzung des Dampfers „Nordsee“ trifft an dem Unfall sowie an dem beim Zusammenstoß erfolgten Tode des holländischen Lotsen und des Matrosen Joakimann kein Verbrechen an. Das Verhalten des Führers und der Mannschaft der „Avoca“ nach dem Zusammenstoß ist einwandfrei. Lobend hervorzuheben ist das Verhalten des Schiffsarztes der „Avoca“ bei der Rettung der Mannschaft der „Nordsee“.

Die Ortskrankenkasse zu Lübeck hatte am 1. Aug. 1908 18 312 Mitglieder gegen 17 568 im Jahre 1907. Auf Männer entfielen davon 12 790 (1907 12 469) auf Frauen 5522 (1907: 5099). Erwerbsunfähigkrank waren am letzten Juli 1908 Männer 284 (1907: 281) und Frauen 206 (1907: 188). Ausweisscheine für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im Juli 1867 (1907: 1183) erteilt. Sterbend wurde im Juli für Mitglieder in 13 Fällen, für Angehörige in 51 Fällen gezahlt. Wegen veripäteter Meldung zur freiwilligen Fortsetzung der Mitgliedschaft im Anschluss an die beendete versicherungspflichtige Beschäftigung haben im Juli 15 Wmewlungen erfolgen müssen. Übertretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die sühungsmäßigen Verhaltensvorschriften waren in 23 Fällen mit Strafe zu belegen.

Post und Manöver. Aus Anlaß der bevorstehenden militärischen Herbstübungen läßt die Post hierdurch auf die Wichtigkeit der Anwendung richtiger und deutlicher Aufschriften bei den Manöver-Postsendungen hinweisen. Zu einer genauen Aufschrift gehören: der Familienname, womöglich auch der Vorname, der Dienstgrad und der Truppenteil nach Regiment, Bataillon, Kompanie, Eskadron, Batterie, Kolonne usw. Gewöhnlich soll auch der ständige Standort angegeben werden, nötigenfalls mit dem Zusatz „oder nachzusenden“. Die Angabe eines Marschquartiers empfiehlt sich nur dann, wenn dies genau bekannt und wenn vorauszu sehen ist, daß die Sendung so zeitig an dem angegebenen Bestimmungsort eintreffen wird, daß sie vor dem Weitermarsch in Empfang genommen werden kann. Auch muß man annehmen können, daß die Abholung von der Post mit Sicherheit zu erwarten ist. Der Stab des Regiments und die einzelnen Bataillone usw. lassen ihre Postkasten häufig bei verschiedenen Postanstalten in Empfang nehmen. Eine genaue und richtige Aufschrift ist deshalb bei den an Offiziere gerichteten Manöver-Postsendungen ebenso unentbehrlich wie bei den Sendungen an Mannschaften. Durch mangelhafte und ungenaue Anfertigung der Aufschriften wird

die Überkunft der Sendungen oft sehr erheblich verzögert. Zur Vermeidung von Auslassungen in der Aufschrift und zur Erhöhung der Deutlichkeit empfiehlt sich die Verwendung von Briefumschlägen mit entsprechendem Vordruck.

pb. Diebstahl. Im Schalterraum der Hauptpost ist am 4. ds. Mts. vormittags gegen 8 1/2 Uhr ein brauner Rohstoff mit gebogener Krücke mit eingelegetem Metall abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

pb. Sittlichkeitsverbrechen an Kindern. Festgenommen wurde ein hiesiger vorbestrafter Arbeiter wegen Verbrechen nach § 178 des St.-G.-B. Er ist schon einmal wegen desselben Verbrechen bestraft.

pb. Wer ist der Tote? Am 20. Juni d. Js. hat sich in Hamburg auf dem Bahndamm der Vorortsbahn in der Nähe der Dehnhaide ein unbekannter etwa 30 Jahre alter Mann erschossen, dessen Persönlichkeit bisher nicht ermittelt werden konnte. Der Verstorbene ist etwa 1,56 Mtr. groß, hat kastanienbraunes Haar, hellblonden Schnurrbart, blaue Augen und gute Zähne. Er war bekleidet mit graugrünem Jackett, ebensolcher Weste, graugestreifter Hose, grauer Normalunterhose, blaugrauarternem Hemd, weißleinenem Vorhemd, blauem Taschentuch, schwarzen Strümpfen, Zugstiefeln und schwarzer Mütze. Die Kleidung war abgetragen. Es wurde nur ein Korb mit dem Leiche gefunden. Personen, die in der Lage sind, Angaben über die Persönlichkeit des Verstorbenen zu machen, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminal-Polizei, Johannstraße 1, 2 Treppen, Zimmer Nr. 4, zu melden, woselbst eine Photographie der Leiche ausliegt.

Frei-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 3. August, morg. 5 Uhr: Wasser 17 1/2, Luft 12 1/2; 10 Uhr: Wasser 17 1/2, Luft 17; mittags 12 Uhr: Wasser 18, Luft 17; abends 6 Uhr: Wasser 17, Luft 16 Grad Celsius.

Die Kaninchen-Ausstellung, welche am Sonntag und Montag in Kiels Stabliement stattfand, war reich besichtigt und wurde zahlreich besucht. Die ausgestellten prächtigen Tiere fanden die Anerkennung der Kenner sowohl wie der Laien. Bei der Preisverteilung erhielten folgende Aussteller Preise: C. Frige 3 erste, 1 zweiten, 2 dritte; W. Benthin 1 zweiten, 2 dritte; A. Kneese 1 ersten, 2 zweite; M. Walter 1 zweiten, 2 dritte; S. Ketseldorf 1 zweiten, 2 dritte; D. Krüger 1 ersten, 1 dritten; C. Klempau 2 zweite; R. Bachert 1 zweiten, 1 dritten; G. Klause 1 zweiten, 1 dritten; A. Uebelhöfer 2 dritte; A. Sien 2 dritte; G. Oldenburg 1 ersten; S. Nagel 1 zweiten; B. Jenen 1 dritten. Schenpreise auf Gesamtleistung erhielten: 1. Preis C. Frige, 2. Preis W. Benthin, 3. Preis A. Kneese, 4. Preis M. Walter, 5. Preis S. Ketseldorf, 6. Preis D. Krüger, 7. Preis C. Klempau, 8. Preis R. Bachert, 9. Preis G. Klause, 10. Preis A. Uebelhöfer, 11. Preis A. Sien, 12. Preis G. Oldenburg, 13. Preis S. Nagel, 14. Preis B. Jenen. Außerdem erhielt C. Frige das Verbandsdiplom Norddeutscher Kaninchenzüchter zertant.

Stadthallentheater. Man schreibt uns: Das am Sonntag mit so ungeheurem Beifall aufgenommene Lustspiel „Anna-Lise“ wird Mittwoch letztmalig wiederholt. Um allen Theaterfreunden den Besuch zu ermöglichen, sind die Preise ermäßigt und kostet jeder Platz 50 Pf. Am Donnerstag findet das Benefiz für Else Campmann statt und ist hierfür eine einmalige Aufführung von Max Dreyers „Die Siebzehnjährigen“ und „Lore“ von Otto Erich Hartleben in Aussicht genommen, ein literarisch bedeutamer Abend, der noch durch das Gastspiel des Herrn Werner-Kahle vom Schiller-Theater zu Berlin ganz besonders an Interesse gewinnt.

Schwartau. Das Gewerkschaftsfest, das am Sonntag hier stattfand, verlief zur vollen Zufriedenheit aller Teilnehmer. Am Festzuge beteiligten sich außer den hiesigen und Rensfelder Arbeitervereinen noch die Organisationen von Seerz und Katakau, sowie Abordnungen Lübecker Gewerkschaften. Die Beteiligung an dem Zug war eine gute. Nach Ankunft auf dem mit zahlreichen Buben versehenen Festplatz im Riesebusch hielt Genosse C. Weyers-Lübeck die mit lebhaftem Beifall aufgenommene Festrede. Sodann vergnügten sich die Teilnehmer auf alle mögliche Art. Abends erfolgte unter Musikbegleitung der Rückmarsch. Hauptsächlich hat auch diese Festlichkeit mit dazu beigetragen, das Zusammengehörigkeitsgefühl der hiesigen Arbeiter zu stärken und sie anzuspornen zu noch regerer Tätigkeit für die Sache des Proletariats. Nur in der Einigkeit, in der Geschlossenheit liegt unsere Macht!

Hamburg. Erweiterung des Gewerkschaftshauses. Dieser Tage beschäftigte sich eine Sitzung der Gewerkschaft des Gewerkschaftshauses Hamburg mit der Frage der räumlichen Erweiterung des Unternehmens. Hierzu bemerkte Genosse Kober: Nachdem das Gewerkschaftshaus seiner Bestimmung übergeben worden war, stellte es sich bald heraus, daß sowohl die Bureaus wie die Restaurationsräume zu knapp seien. Fortgesetzt gelangten Anträge auf Beschaffung neuer Bureauräume an uns; einige Gewerkschaften drohten sogar mit Fortzug, wenn man ihnen keine weiteren Räume zur Verfügung stelle. Um den Anforderungen Folge geben zu können, mußten wir daher auf Abhilfe sinnen, und so wurde auch schon vor längerer Zeit die Angelegenheit im Gewerkschaftsrat berührt. Die Zentralverwaltung des Maurerverbandes hat bekanntlich ihre Bureauräume in dem auf unserem Terrain stehenden alten Gebäude, der Kontrakt wohnt noch zwei Jahre. Wir haben uns mit dem Maurerverband in Verbindung gesetzt, ver, falls der Sitz in Hamburg bleibt, nicht abgeneigt ist, andere Räume zu beziehen, falls wir ihm solche zur Verfügung stellen können. Unsere Absicht geht dahin, auf dem hinteren Terrain ein Bureaughaus zu errichten, dessen Räume eventuell der Maurerverband für sich in Anspruch nehmen wird. Dadurch bekommen wir das alte Gebäude frei und das ganze Terrain zwischen Gewerkschaftshaus und Großeinkaufsgesellschaft könnte dann, wie schon fernerzeit erörtert, ausgebaut, die Restaurationsräume könnten erweitert, neue Bureauräume und mehrere Säle geschaffen werden. Wenn der Maurerverband das neue Hinterhaus auch nicht beziehen sollte, so könnten die Räume durch Absicherungen für anderweitige Zwecke benutzt werden. Die Kosten des Gebäudes, das aus Keller, Partierre und zwei Stagen nebst Anbau für den Arbeitsnachweis bestehen soll, sind auf 100 000 Mk. veranschlagt. An der Hand von Zeichnungen erläuterte Kober das Projekt. Sollte dessen Ausführung beschlossen werden, so könnte der Bau schon im Herbst in Angriff genommen werden. Die Debatte ist eine sehr umfangreiche. Schließlich wurde der Antrag der Verwaltung auf Errichtung des Hintergebäudes einstimmig angenommen. Aber das geschäftliche Resultat des ersten Halbjahres 1908 berichtet Grosse. Gegenüber dem Vorjahre sei leider ein Rückgang des Konsums in der Restauration zu verzeichnen, was wohl zum Teil auf den wirtschaftlichen Niedergang zurückzuführen sein dürfte, während andererseits die Ausgaben gestiegen seien. Das Restaurant wie die Säle repräsentieren einen Mietwert von 68 000 Mk., aber die Säle brächten nicht entfernt die Kosten auf. Es liege nun die Versuchung nahe, die Bureaumieten zu steigern, zumal in anderen Gebäuden die Mieten für gleiche Räume bedeutend höher seien. Wir liefern die Heizung gratis, wo anders muß dafür bezahlt werden. Redner

führt alle Ursachen an, die zu dem ungünstigen Resultat geführt haben, wie niedrigerer Bierumsatz, höhere Löhne als anderwärts, allgemeine Steigerung der Lebensmittelpreise usw. Besser als das Restaurant hat die Herberge abgeschnitten, hier ist eine steigende Frequenz zu verzeichnen. Die Speisen erfordern monatlich einen Zuschuß von 1200 Mk. und wir verabsolgen für 15 Pfg. ein halbes Liter; in anderen Lokalen gleicher Art wird aus dem Bier alles herausgeschlagen. Die Sonntags-Konzerte haben die gehobenen Hoffnungen nicht erfüllt, weshalb wir sie nun im oberen Saale stattfinden lassen. Ein Idealzustand ist sicher bei uns vorhanden: die hohen Personalunkosten. So sollte es überall sein, so ist es aber nicht. Man sollte nun meinen, daß auch unsere Angehörigen Ideale bekunden und vorsichtig mit dem ihnen anvertrauten Geschire usw. umgehen. Daran hapert es aber. Diese Verlustposition beträgt über 3100 Mk. pro Jahr! Die Miete für die kleinen Säle haben wir mit 3 Mk. festgesetzt, wogegen auch Protest erhoben wurde. Die Einnahme des Restaurants beträgt in diesem Halbjahre 203 315,85 Mk. gegen 215 459,87 Mk. in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Wie aus der Rechnung hervorgeht, sind die Einnahmen aus Speisen höher als die aus Getränken. Die Herberge erzielt dagegen einen Gewinn von beinahe 14 000 Mk.

Hamburg. Von seinem Fuhrwerk überfahren und getötet wurde gestern nachmittag 2 Uhr beim Aufspringen an der Ecke Grindelberg und Fiefstraße der Kutcher eines Blockwagens. Die Räder gingen ihm über den Leib und die Brust, wodurch er so schwere innere Verletzungen davontrug, daß er nach wenigen Sekunden verstarb. Das Hamburger Reedertum auf der Suche nach billigen Arbeitskräften. Die berichtet wird, hat die Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Kosmos“ den auf ihrem Dampfer „Denderah“ angeheuerten Schiffsmannschaften das noble Angebot gemacht, während der Liegezeit des Schiffes im hiesigen Hafen für die Monatsheuer ohne Beköstigung zu arbeiten. Es würde dies einem Tagelohn von 267 Mk. entsprechen, also soviel, wie der an Land liegende Seemann für Logis und Kost zahlen muß. Die betreffenden Leute haben es vorgezogen, dies noble Angebot abzulehnen und sind an Land gegangen. Hoffentlich findet sich kein Seemann, der seine Arbeitskraft für einen solchen Lohn hergibt. Wie wir hören, erhalten die Offiziere ebenfalls nur ihre Monatsheuer, ohne beköstigt zu werden. Die Reederei scheint also das bei den Offizieren gelungene Experiment auch bei den Mannschaften anwenden zu wollen.

Neumünster. Schlägerei mit tödlichem Ausgang. Sonntag morgen gegen 5 Uhr wurde der 20 Jahre alte Dreher Föllner in der Bruhnstraße tot aufgefunden. 3. und einige Freunde hatten in einem Lokal Geburtstag gefeiert. In der Bruhnstraße begegneten sie dem 59 Jahre alten Arbeiter Swoski. Auf bisher unaufgeklärte Weise kam es zu Handelteln. S. will von F. und dessen Freunden verfolgt und mit einer Latte geschlagen worden sein. Dabei hat S. das Messer gezogen und dem verstorbenen F. damit die Hauptader am linken Bein durchstoßen. Darauf soll er geklohen sein. Die übrigen Teilnehmer haben ebenfalls den Schwerverletzten im Stich gelassen. S. meldete den Vorgang dem Schutzmann Wischmann, worauf sich beide sofort zum Tator begaben. Bei ihrer Ankunft war F. bereits verstorben. Der Beamte nahm sofort die Verhaftung des S. vor und ordnete die Überführung der Leiche nach der Halle des Friedhofes an. Eine Untersuchung dieser auf das Konto des Mörders zu schreiben Tat wurde von der zuständigen Behörde eingeleitet. S. gibt an, in der Notwehr gehandelt zu haben.

II Husum. Zum Fall Schüding liegt nunmehr eine Kundgebung der freisinnigen Parteileitung in Schleswig-Holstein vor, die von den Abgeordneten Carstens, Dr. Gedde, Strube, Dr. Leonhart, Spethmann, Hoff und Waldstein unterzeichnet ist. Wir entnehmen der Kundgebung folgende Sätze:

„Der Herrn Dr. Schüding aufgedrungene Kampf ist aber nicht nur eine politische Angelegenheit seiner Partei. Auf dem Spiel steht in diesem Kampfe das verfassungsmäßige Recht der freien Meinungsäußerung sowie ferner die politische Unabhängigkeit und freie Persönlichkeit der Gemeindebeamten. . . Wir erwarten daher, daß die preußische Staatsregierung sich der unhaltbaren Auffassung des Regierungspräsidenten in Schleswig nicht anschließen wird. Sie würde sonst die Fortsetzung der gegenwärtigen Reichspolitik auf das äußerste gefährden.“

Fürst Bülow und Herr v. Moltke werden für diese Kundgebung höchstens ein vieltägiges Lächeln übrig haben. Ganz treffend beurteilt die freisinnige „Berliner Volksztg.“ den Erguß so:

„Seider ist allen derartigen Erklärungen von blockfreisinniger Seite von vornherein jede Kraft genommen, weil von dem parlamentarischen Blockfreisinn weder die preußische Regierung noch der Reichskanzler irgend etwas zu befürchten hat. Der Blockfreisinn bellt bloß; er beißt nicht. Im geeigneten Moment wird der Blockfreisinn immer wieder unfaullen, wie bei der Hohkönigsburg-Angelegenheit, dem Vereinsgesetz und in anderen Fällen. Wer sich auf den Blockfreisinn verläßt, der ist verlassen.“

Geide. Ein Unglücksfall durch Verbrennen, der einen tödlichen Ausgang genommen hat, trug sich hier zu. Der Gelegenheitsarbeiter Rix war mit beim Torfabladen beschäftigt. Hierbei wird am Lagerplatz des Lorzes, der sich in einem Keller befindet, bei Lampenlicht gearbeitet. Rix fiel mit dem Korb gegen die Lampe, diese stürzte um und die Flamme ergriff die Kleidung des Mannes. Trotdem die Flamme bald gedämpft wurden, trug Rix starke Brandwunden am Rücken und Armen davon, die seinen Tod herbeigeführt haben.

Burgdamm bei Bremen. Beim Baden ertrunkene sind Sonntag vormittag in der Lelum in der Nähe des Stabliements Kurpark zwei Arbeiter. Ein dritter, der die beiden retten wollte, mußte sich von den Ertrunkenen wieder losreißen und gelang es ihm mit dem Aufgebot der letzten Kräfte, das Ufer zu erreichen. Trotz eifrigen Suchens wurde erst gegen Abend der eine der Ertrunkenen, namens Meier, an Land gebracht. Obgleich Polizeipersonen anwesend waren, lag die Leiche ungefähr eine Stunde unbedeckt am Ufer.

Schiffsnachrichten. D. „Fris“ ist Montag morgen von Mäntyluoto auf hier abgegangen.

Briefkasten. Arbeiter bei Sabemann u. Sohn. Sie haben recht! In der Erwidrung in Nr. 178 ist ein Druckfehler unterlaufen. Es handelt sich nicht um den Arbeiter Wid, sondern um seinen Kollegen Rid.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargelände“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung; Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedrich Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Der blaue Vogel.

Ton-Halle.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

H. T. V.

Festkomitee-Sitzung

am Mittwoch, 8 1/2 Uhr, im Tiergarten.

Gesucht ein Grutmäher

(pro Tag 3 Mark und Kost).

Näheres Weichstr. 53, III.

Kost und Logis für junge Leute.

Schiffelbuden 16, II.

Logis zu vermieten.

Johannisstr. 61, II.

Ein Wurstfessel zu verkaufen.

Chofotstraße 11, I.

Ein neues Sofa unter Preis zu verkaufen

Beckergrube 20, part.

Ein Aushängeschild, eine zwei- und eine einflämmige Gaskrone, für Ladengeschäft passend, billig zu verkaufen.

Huxstrasse 116, II.

Gesunden I Sätern mit Namen: gegen Inertionsgebühr abzuholen

Staak, Kattenhof 47.

Arzt in Stockelsdorf

Habe mich als

niedergelassen.

Sprechstunden v. 1. August ab:

vormittags von 1/2 8—1/2 10

nachmittags von 2—3

Sonntags von 1/2 9—1/2 11.

Fernsprecher 2278.

Ich wohne im Hause des bisherigen Arztes Dr. Sievers.

Dr. med.

A. T. Winkelmann.

Einen großen Posten hochfeinen geräucherten

Rippen-Speck

Pfund 75 Pfg.

Löbmann & Co.

Königstr. 127.

Rote Lubeca-Rabattmarken.

Umsonst ist Gehol'

seit Jahren nicht so beliebt als wirklich vorzügliches

Fussbodenöl

nur 60 Pfg. pro Pfd.

(Gutachten der Innung der Maler).

Hafen-Drogerie

Georg Bornhöfft

Untertrave 44 15.

Verband der Maler

Hilfale Lübeck.

Die Versammlung am Donnerstag, den 6. d. Mts. fällt wegen der Protest-Versammlung aus.

Die Kollegen werden ersucht, die Protest-Versammlung recht zahlreich zu besuchen.

Der Vorstand.

Der blaue Vogel.

Ton-Halle.

Beerdigungs-Institut Gebr. Müfer

Fernsprecher 427.

Mühlenstraße 13.

Uebnahme ganzer Beerdigungen.

Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Peri- und Blattkränzen.

Einkleidungen jeder Art. * * * * * Billigste Preise.

Der Unterricht **Lehranstalten** ist bis ins kleinste nachgeahmt in den **Selbstunterrichtswerken** Methode Rustin: Der wissenschaftlich gebildete Mann, Der gebildete Kaufmann; Der Bankbeamte, Das Gymnasium, Das Realgymnasium, Die Oberrealschule, Das Abiturientenexamen, Die höh. Mädchenschule, Die Handelsschule, Die Mittelschullehrerprüfung, Der Einjährig-Freiwillige, Der Präparand, Der Militäranwärter. Glänzende Erfolge. Besondere Prospekte über jedes Werk und Anerkennungs-schreiben gratis und franko. Ansichtsendungen bereitwilligst. Bezug gegen kleine monatliche Teilzahlungen.

Bonnens & Hachfeld, Verlag, Potsdam.

Achtung!

Zentralverband der Maurer!

Mitglieder - Versammlung

am Mittwoch, den 5. August 1908

abends 8 1/2 Uhr

im „Vereinshaus“, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Klassenkämpfe der Arbeiter in den Zeiten der wirtschaftlichen Krise. Referent: Parteisekretär Genosse Weyers.
2. Entschädigung der Ortsverwaltung.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

Der Vorstand.

Schmiedestr. 20. Tonhalle 20. Schmiedestr. 20.

Programm für diese Woche:

Der blaue Vogel (ein wunderbares Märchen, ganz koloriert). — Eines Vogels wegen (fomisch). — Ein schlecht behandelter Gerichtsvollzieher (fomisch). — Eine arme Blinde (großes Drama). — Der schlechte Burggraf (realistische Szene). — Ein moderner Flugmaschinenfahrer (humoristisch). — Eine gute Tat findet immer Belohnung. — Versteckspiel (fomisch). — Ein echter Seemann.

Beatrice Genzi (historisch römisches Drama).

Die Direktion.

Durchaus gesunder, alter, pikanter

Zürcher Käse

pro Pfund nur 25 Pfg.

Löbmann & Co.

Königstr. 127.

Rote Lubeca-Rabattmarken.

Fahrrad-Reparatur-Werkstätte.

Alle Fabrikate werden sachgemäß und billig ausgeführt unter prompter Bedienung.

Emailieren, Vernickeln billig und gut.

Carl Heynert, Lübeck

Moislinger Allee 6a. Fernspr. 1272.

Abreisenden

aufbewahrt und nachgehandelt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus u. Expeditions-gesch. Fischergr. 52

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.

H. Schreiber, Breitenf. 24

Der blaue Vogel.

Ton-Halle.

Frische Gurken

Stück 5 Pfg.

Schock 2 Mark

Ernestinenstr. 3.

Ein großer Posten

Pa. Schweizerkäse Pfund 30, 40 u.

50 Pfg.

Schlunacherstraße 12 auf der Diele.

Achtung!

Zentral-Verband der Fleischer und Verbandsvereine Deutschlands. (Zahlstelle Lübeck).

Mitglieder-Versammlung

morgen Mittwoch, 5. August

abends 8 1/2 Uhr.

im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.

Der Vorstand.

Versammlung

der weiblichen Mitglieder

des Sozialdemokratischen Vereins

am Mittwoch, den 5. August

abends 8 1/2 Uhr.

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Wahlen.
2. Vortrag von Fräulein Dr. Jacoba Berlin: Fieber aus Kampf und Not.
3. Verschiedenes.

Die Vertrauensperson.

Deutscher Metallarbeiterverband

(Verwaltungsstelle Lübeck.)

Achtung Metallarbeiterinnen am Mittwoch, 5. August

abends 8 1/2 Uhr

Versammlung

im Vereinshaus, Johannisstraße 50-52.

Die Vertrauensperson.

Einladung zum

BALLO

der

Kutscher d. Lübecker

Eisgenossenschaft

am Donnerstag, 6. August

im Lokale des Herrn Fürbötter,

„Wakenitz-Bellevue“

Anfang 8 Uhr. Ende morgens.

Eintrittspreis 50 Pf., 1 Dame frei.

Das Komitee.

Kücknitz.

W. Dieckelmanns Gasthof

Am Sonntag, den 9. u. 16. August

Scheibenschieszen

und Preiskegeln.

Nachmittags von 4-7 Uhr:

Unterhaltungsmusik.

Abends großes Tankränzchen.

Stadthallentheater.

Mittwoch: 65. Abonnements-Vorstellung.

Jeder Platz 50 Pfg.

Die Anna-Lise,

oder: Des alten Dessauers Jugendliebe.

Luftspiel in 5 Akten von Herich.

Anfang 8 Uhr.

Donnerstag: Benefiz Elise Campmann.

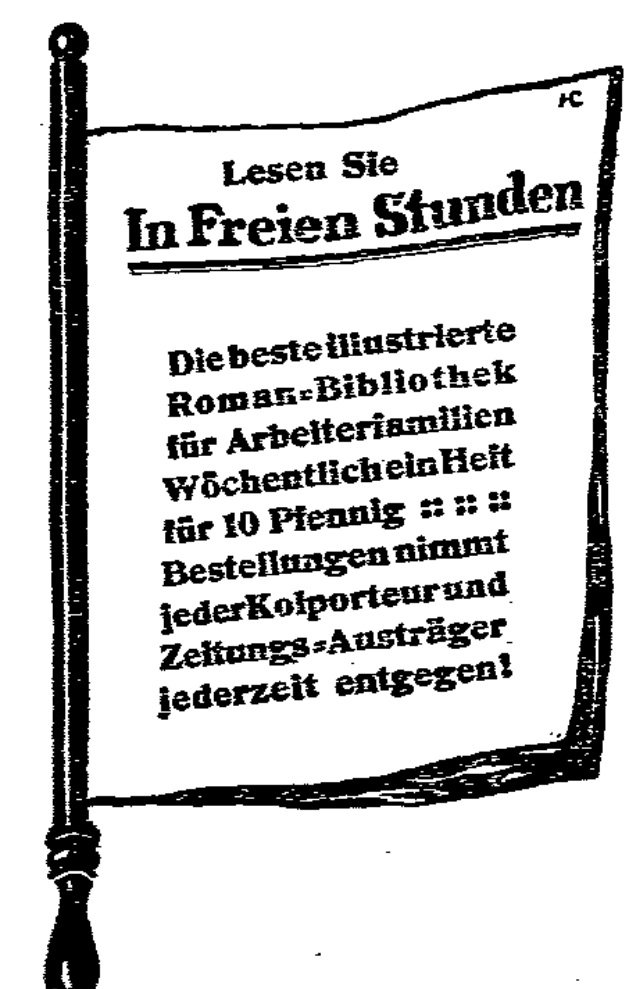
Gastspiel Hugo Werner-Kahle vom Schillertheater zu Berlin.

Die Siebzehnjährigen.

Lore v. Otto Erich Hartleben.

Der blaue Vogel.

Ton-Halle.



Joh. 507, Königstr. 61, Telefon 115. Markthallenstand 46. Fischcarbonade Pfund 40 Pfg., Rotzungen Pf. 40 Pfg., Seelachs Pf. 20 Pfg., Cabliau Pfund 20 Pfg., Schellfisch Pfund 30 Pfg., Hamburger Schinken Pfund 40 Pfg.

Die politische Gleichberechtigung der Frau.

Vom Beginn der Kulturentwicklung an ist das weibliche Geschlecht einer im Laufe dieser Entwicklung mehr und mehr sich abmildernden und einschränkenden Herrschaft des männlichen Geschlechts unterworfen. In diesem Zustande erscheint der Mann, nachdem die erste lange Periode seiner absoluten Herrschaft über die Frau überwunden war, rechtlich als deren Schutzpatron, als der Träger, Inhaber, Verwalter und Verteidiger ihres Rechts. Die Frau als selbständiges Rechtssubjekt anzuerkennen, ihr die freie Betätigung nach eigenem Willen auf privatrechtlichem Gebiete, im Rahmen des Familien-, des Eigentumsrechts usw. innerhalb bestimmter Grenzen zu gewähren, die der Vormundschaft des Mannes immer noch erheblich Raum lassen, blieb einer Periode späterer Entwicklung vorbehalten, die noch nicht zum Abschluß gebracht ist.

Die privatrechtliche und wirtschaftliche Emanzipation der Frau ist der politischen geraume Zeit vorausgegangen. Aber diese ist mit jener ganz unbedingt gegeben. In demselben Maße, wie jene sich vollzieht, wird auch die Frage nach dem politischen Rechte der Frau immer dringlicher. Der große Zug der Entwicklung geht mit unabänderlicher Notwendigkeit und Konsequenz auf die Verwirklichung der Gleichheit aller in der staatlichen und gesellschaftlichen Gemeinschaft. Aber die Trümmer erworbener Rechte der Klasse, des Standes, der Klasse und des Geschlechts hinweg, nimmt die Entwicklung ihren Weg. Vor dem stetig vordringenden Prinzip des Rechtes der Persönlichkeit, des Menschenrechts, hält auf die Dauer keines der erworbenen Rechte, kein Klassen-, Standes- und Geschlechtsprivilegium stand.

Bereits in der Zeit der gewaltigen Gärung der Geister, die der großen französischen Revolution vorausging, als die privatrechtliche und wirtschaftliche Emanzipation der Frau bei weitem noch nicht so weit gediehen war wie heute, fand die Idee, ihr auch die politische Gleichberechtigung zuerkennen, in Frankreich, Deutschland und England literarisch lebhaften Ausdruck. Es traten u. a. der Philosoph Condorcet und Theodor v. Hippel, dem Beispiel der Unabhängigkeitserklärung der Nordamerikaner folgend, energisch für sie ein, brachten in ihren Anfängen eine Deklaration der Menschenrechte. Diese aber nahm nur Rücksicht auf die Männer. Ihr setzte Voltaire die Songes eine von hoher Begeisterung getragene Erklärung der Frauenrechte zur Seite, die in der Erwägung gipfelt, daß wie der Mann, so auch die Frau gleich geboren sei und wie dieser Anspruch habe auf gesetzliche Gleichheit, auf gleiche Teilnahme an politischen Rechten, auf öffentliche Ämter, Würden und Einrichtungen. Die Nation, in der das Souveränitätsprinzip ruht, werde nicht vom Mann allein dargestellt, sie sei vielmehr die Vereinigung von Mann und Frau.

Im Jahre 1798 wurde die konstituierende Nationalversammlung in Flugschriften und Petitionen um Gewährung des Frauenstimmrechts angegangen, aber der bürgerliche Demokratismus verhielt sich dieser Forderung gegenüber ablehnend.

Dann verging reichlich ein halbes Jahrhundert, bis diese Frage durch den im Verlaufe dieser Zeit zur Entwicklung gelangten demokratischen Sozialismus wieder eine entscheidene Vertretung fand. Doch vergeblich war das Bemühen einer ihrer hervorragendsten Repräsentanten dieser neuen politischen Richtung, vom

französischen Parlament 1848 bis 1851 das Frauenstimmrecht zu erlangen. In den fünfziger und sechziger Jahren kam die Frauenstimmrechtsbewegung in Nordamerika und in England in Fluß. Sie wurde nunmehr auch von hervorragenden Vertretern des bürgerlichen Demokratismus unterstützt. In England war es vornehmlich der Nationalökonom und Philosoph John Stuart Mill, der diese Bewegung vom Jahre 1861 ab energisch förderte. Im Jahre 1867 stellte er im Parlament den Antrag auf Einführung der politischen Gleichberechtigung der Frau. Später hat das englische Parlament sich noch mehrfach mit solchen Anträgen zu beschäftigen gehabt. Im Jahre 1897 endlich nahm das Unterhaus einen solchen Antrag an, das Oberhaus jedoch lehnte ihn ab.

Wir wollen hier gleich die wichtigsten der von John Stuart Mill zugunsten des Frauenstimmrechts gegebenen Gründe berücksichtigen: „Ich betrachte die Verschiedenheit der Geschlechter als so gänzlich bedeutungslos für politische Rechte, wie Verschiedenheit in Wuchs oder in der Haarfarbe. Alle menschlichen Wesen haben das gleiche Interesse an einer guten Regierung — — — die Menschheit hat seit langem die Voraussetzung aufgegeben, aus denen der Schluß gezogen werden könnte, daß Frauen keine Stimme haben dürfen. Niemand behauptet jetzt noch, daß Frauen in persönlicher Knechtschaft stehen, daß sie keine anderen Gedanken, Wünsche und Beschäftigungen haben sollen, als die Packesel ihrer Gatten, Väter oder Brüder zu sein — — — Es ist Frauen gestattet, Eigentum zu besitzen und Vermögens- und Geschäftsinteressen zu haben gleich den Männern. Man hält für nützlich und angemessen, daß Frauen denken, schreiben und unterrichten. Werden alle diese Dinge gestattet, so hat die politische Ausschließung der Frau keinen Grund mehr, auf dem sie beruht — — — Wäre es so recht, wie es unrecht ist, daß sie eine untergeordnete Klasse sein sollen, beschränkt auf häusliche Beschäftigung und häuslicher Autorität unterworfen, so würden sie nicht weniger des Schutzes des Stimmrechts bedürfen, damit sie vor dem Mißbrauch dieser Autorität sicher sind — — — Gebt dem Weib ein Stimmrecht und sie kommt unter die Einwirkung des politischen Ehrenpunktes. Sie lernt die Politik als eine Sache ansehen, in welcher ihr eine Meinung erlaubt ist und in welcher man eine Meinung hat, nach derselben handeln muß, sie erwirbt ein Gefühl persönlicher Zurechnungsfähigkeit — — — und wird aufhören, ein trübendes Element im politischen Bewußtsein des Mannes zu sein.“

Im Verlaufe der letzten Jahrzehnte hat die fortschreitende Industrialisierung und Proletarisierung gewaltige Fortschritte gemacht. Eine immer stärkere Einbeziehung der Frau als selbständiges Rechtssubjekt in das wirtschaftliche Leben hat stattgefunden. Gegenwärtig haben wir in Deutschland z. B. über 8 Millionen erwerbstätige Frauen, darunter etwa 6 Millionen Lohnarbeiterinnen. Diese Entwicklung hat ganz natürlich eine starke Förderung der Frauenbewegung mit sich gebracht, an der auch die bürgerlichen Kreise beteiligt sind. Gewisse Richtungen der bürgerlichen Frauenbewegung verbinden mit ihrem Eintreten für das Stimmrecht reaktive Tendenzen. Sie haben die Masse der proletarischen Frauen nicht mit auf Rechnung; sie fordern ein Frauenstimmrecht nach den Grundfäden der Klassenherrschaft. Gewährung des Wahlrechts nach Maßgabe des Besitzes und der sozialen Stellung. In dieser Rücksicht ist es wahrlich nicht der Mühe wert, den Kampf für die politische Gleichberechtigung der Frau zu führen. Denn für die Wahrung der Klassenherrschaftsinteressen können die Frauen der sogenannten besseren und besten Gesellschaft sich durchaus auf

die Männer dieser Klasse verlassen —, daran brauchen sie nicht mitzudenken.

Es gibt nur eine politische Partei, die sich ehrlich und unumwunden bis zu den letzten Konsequenzen zu der Forderung der politischen Gleichberechtigung der Frau bekennt — die Sozialdemokratie. Sie allein hat sich auf diese Forderung programmatisch verpflichtet. Sie fordert nicht nur allgemeines, gleiches und direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe für alle Reichsangehörigen ohne Unterscheidung des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen, sondern auch Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen. Das politische Recht der Frau soll seine Schranken nicht finden mit der Gewährung des Wahl- und Stimmrechts, es soll sich genau so weit erstrecken wie das der Männer. Auch der Anspruch auf die Bekleidung öffentlicher Ämter im Staats- und Gemeindedienst muß ihr eingeräumt werden; der Zugang zu diesen Ämtern muß ihr frei stehen wie den Männern.

Das Frauenstimmrecht, die politische Gleichberechtigung der Frau überhaupt läßt sich nur auf der Basis des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts verwirklichen, das eine der politischen Grundforderungen der Sozialdemokratie ist. Fordert man, wie bürgerliche Frauenrechtlerinnen es tun, ein Wahlrecht, „wie es die Männer haben“, so werden damit überall, wo nicht das allgemeine, gleiche Wahlrecht, sondern ein Klassen- oder Zensuswahlrecht besteht, wie z. B. in Preußen, die Frauen der arbeitenden Klasse genau so vom Wahlrecht ausgeschlossen, wie es die Männer dieser Klasse sind. Beispiele dafür haben wir ja hier und da in Deutschland bereits im Kommunalwahlrecht. So ist für die Landgemeinden in den östlichen Provinzen Preußens seit 1891 und schon früher in Schleswig-Holstein Frauen, die im Besitz von Grund und Boden sind, das aktive Wahlrecht zugesprochen.

Die Arbeiterverfassungsgesetzgebung des Deutschen Reiches macht einen Unterschied zwischen den Geschlechtern in bezug auf Wahlberechtigung nicht. Die Gleichheit der Pflichten ließ hier, wo es sich nur um Vermögensinteressen handelt, selbst dem reaktionären Gesetzgeber eine nach dem Geschlecht verschiedene Bemessung des Rechts untauglich erscheinen. Aber das Gesetz, betr. die Gewerbeverwahlgewahlen vom Jahre 1890, gibt den Frauen das Wahlrecht nicht. Der jahrzehntelange Kampf um die Zulassung der Frauen zum Vereins- und Versammlungsrecht ist jetzt damit beendet, daß das Reichsvereinsgesetz die Frau dem Manne auf diesem Gebiet gleichstellt. Das ist ein erheblicher Schritt vorwärts zur politischen Gleichberechtigung der Frau.

Diese Errungenschaft bedeutet nicht den Abschluß des Strebens in dieser Richtung; die fortschreitende Demokratisierung des Volkes kann nicht dauernd halt machen vor der Frage der Verwirklichung der vollen politischen Gleichberechtigung der Geschlechter. Wie die Verfechter des Klassenherrschaftssystems jetzt fanatisch sich wehren gegen die Anerkennung und Verwirklichung des politischen Rechtes der Frau, so haben sie einst ja auch der politischen Gleichberechtigung der Männer der arbeitenden Klasse sich widersetzt und so widerlegen sie sich überall da, wo das allgemeine, gleiche Wahlrecht besteht, auch noch, wie in Preußen. Aber die Erfahrung lehrt siegreiche Bewährung des Prinzips der Gleichberechtigung; es hat für die Männer Anerkennung und Verwirklichung gefunden im allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zum Reichstag. Mit der Sicherung, Ausgestaltung und Verallgemeinerung dieses Rechts kann auch die Vollendung des politischen Rechtes der Frau nur eine Frage der Zeit sein. Es be-

Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstaecker.

(14. Fortsetzung.)

„Das war schön“, sagte Vale. „Das meiste Gesindel, das sich im Busch herum treibt und sich zu Schälern und Güttenwächtern anbietet, weiß kaum mehr von einem Schafe, als daß es Wolle trägt und verspeist werden kann. Habt Ihr schon irgendwo am Murray in Arbeit gestanden?“

„Ja, in Miranda, auf der andern Seite.“

„Gut. Ihr mögt dableiben und ich lasse Euch morgen früh Antwort vom Alten herausfragen, der Euch die Bestätigung schicken soll. Braucht Ihr sonst etwas?“

„Na, ich denke doch“, brummte der Fremde, wie verwundert zu ihm aufschauend. „Glaubt Ihr, ein Mann laufe im Busch mit der Tasche voll Tabak umher? Das hier ist die letzte Pelfe, und hier im Neste scheint er auch verdammt rar zu sein. Hendricks hat schon meine Tasche ausgeleert, weil er mit dem seinen fertig ist.“

Vale lachte. „Nun gut, ich schick' Euch ein Pfund Tabak als Handgeld, und den Miller, wenn er heut' abend zurückkommt, besorgt Ihr mir gleich an die Station.“

„Heut' abend noch?“

„Nun, bis morgen früh hat's Zeit. Ich werde Hendricks auch noch den Auftrag geben. In den Hürden draußen muß mir aber auch etwas geändert werden. Steht einmal ein wenig auf, wenn's gefällig ist, daß ich es Euch zeigen kann.“

„Seht nur's nur: gut mit dem Fuß, Sir“, sagte der Mann, während er sich aber doch, dem Befehl zufolge, langsam aufrichtete.

„Ach ja so, Ihr habt Euch den Fuß vertreten. Nun, geht's?“

„Ich nun, es macht sich heute besser, muß mich nur noch ein wenig in acht nehmen.“

Er war aufgestanden und probierte den angeblich franken Fuß auf dem Boden. Des Aufsehers scharfes Auge hatte indessen etwas zwischen den Schaffellen entdeckt, das seine Aufmerksamkeit dorthin lenkte. Durch das Verschieben derselben war nämlich ein Teil der dort untergelegten Flinte sichtbar geworden, und ohne viel Umstände zu machen, ging

er darauf zu, stieß die Felle mit dem Fuß beiseite und hob das Gewehr vom Boden auf.

„Hm, verdammt feines Gewehr! Gehört Euch?“ Und das „Euch“ wurde mit einem stark betonten und nicht verhaltenen Grimmen ausgesprochen.

„Bin der glückliche Besitzer“, sagte der Mann, dem es augenscheinlich nicht recht war, daß der Aufseher das Gewehr gefunden. „Abtrens tat er, als ob ihm die Sache entsetzlich gleichgültig wäre.“

„Propos, wie ist denn eigentlich Euer Name?“ fragte da Vale plötzlich, damit ich weiß, wie ich Euch melden und rufen soll.“

„Mein Name? Gut.“ lachte der Fremde, der in diesem Augenblick gerade daran dachte, was er von dem Gewehr erzählen sollte und dem die Zwischenfrage deshalb unerwartet kam, „zu Haus nannten sie mich Loby.“

„Und wo anders?“

„Wo anders?“ sagte Loby, rasch zu dem Fragenden aufschauend.

„Nun, ich meine, weil Ihr sagt zu Haus, hättet Ihr draußen noch vielleicht einen Lieblings- oder sogenannten Schiffsnamen?“

Loby lachte und sagte kopfschüttelnd: „Damit laß' ich mich nicht gern ein. Loby ist gut genug und hat mir so lange gehalten, daß ich auch wohl noch länger mit ihm auskommen gedenke. Mein Vater heißt Brown.“

„Also Tobias Brown, Esquire!“

„Der Esquire klinge hinter meinem Namen gerade so gut wie hinter dem manches andern Brown oder Smith“, brummte Loby, hier aber überlassen wir diesen den Swells und solchen Leuten, die Briefe kriegen und schreiben. So lange ich im Dienst stehe, bin ich „Loby“, und werd' ich einmal mein eigener Herr und habe meine eigenen Herden, seh' ich natürlich den „Rafter“ vor.“

„Dant' Euch“, lachte Vale, der durch den drolligen Humor des Burchen wieder etwas in gute Laune versetzt worden war, „und woher habt Ihr die Flinte, wenn ich fragen darf?“

„Hm, Euer Schäfer hat auch schon so sonderbar gefragt“, knurrte Loby und zog die Augenbrauen finster zusammen, „als ob unsereiner nicht eben so gut ein ordentliches Gewehr bezahlen könnte, wie einer von den Swells. Statt meinen Fahrlohn in den gottverfluchten Buschweiden

zu verkaufen, hab' ich mir das Schießisen angekauft, damit einem die Schwarzen im Busch, wenn's ihnen einmal gerade einfallen sollte, nicht alles abnehmen, was man bei sich hat. Ich fann meine Decke, mein Messer, mein Tabak gerade so gut brauchen, wie die schwarzen Salunken, die nicht einmal eine Tasche haben, um es hineinzustecken, und es um den Hals hängen müssen.“

„Gut, geht mich auch nichts an. Also es bleibt bei der Abrede, und wenn Miller nach Hause kommt, falls ich Hendricks nicht mehr sehen sollte, so sagt Ihr ihm, daß er morgen früh spätestens auf die Station hinunterkomme. Bestanden?“

„Schon recht, vergeßt nur nicht den Tabak!“

Vale hatte indessen die Flinte an die Wand gestellt und war wieder vor die Tür getreten, wohin ihm Loby folgte, als Mac Donald ebenfalls herantritt und neben ihnen hielt.

„Alle Wetter!“ rief Loby, der in diesem Augenblick ganz sein krankes Bein vergaß, indem er erlaunt einen Schritt zurücktrat, „ich dachte — ich dachte, das wäre ein alter Bekannter.“

„So? Ihr kennt Mr. Mac Donald wohl von Miranda her?“ fragte Vale.

„Mr. Mac Donald?“ Jawohl, er wird doch gewiß auch den alten Loby nicht vergessen haben!“ sagte dieser und schaute mit scharfer Betonung des Namens fragend zu Mac Donald auf.

„Dachte nicht“, lächelte der junge Mann, „wo kommt Ihr her, Loby?“

Von unten herauf, Sir, suche Arbeit und habe sie hier. Dant' den schwarzen Spitzhunden, glücklich gefunden.“

Ein eigenes Lächeln spielte dabei um seine Lippen, als ob er sich über sich selber lustig mache, wie aber augenblicklich wieder dem früheren Ernst. „Darf man übrigens fragen, seit wann Sie den untern Murray verlassen haben, Sir?“

„Seit kurzer Zeit erst, und besinde mich auf der Durchreise nach Osten“, lautete Mac Donalds Antwort. „Es ist möglich, daß ich morgen früh schon wieder aufbreche.“

„Alle wohl zu Hause, Sir?“

„Danke“, sagte Mac Donald, „unter Schiffsal“ in Australien; zerstreut nach allen Richtungen! Die Sta-

steht sich in dieser Vollendung nicht eine „Abirrung vom natürlichen Zustande der Gesellschaft“, wie reaktionäre Politiker behaupten, sondern eine Überwindung des Zustandes der Unvernünftigkeit und Ungerechtigkeit, die gebührende Anerkennung und Bewertung der Frau als menschliches, gesellschaftliches und staatsbürgerliches Wesen.

Geistige Kost der Christlichen.

Dem „Hann. Volkswillen“ ist soeben ein ganzer Waden Schriften zugesendet, der, nach der Anrede der Begleitschrift „Euer Hochachtung“ zu urteilen, wohl sämtlichen Pfarrern zugegangen ist und vermutlich alle Jahre zugeht. Damit unsere Leser in der Lage sind, den da angebotenen „gesunden Vespstoff“ kritisch zu würdigen und ihre Klassenossen in der Stadt und ganz besonders auf dem Lande über denselben aufzuklären, geben wir das die Kirche und ihre Diener für den Staat gegen uns und unsere Arbeit in Anspruch nehmende Schreiben bekannt. Es lautet:

„Christlicher Zeitschriftenverein.“
Berlin SW. 13, 1908.
Alte Jakobstr. 129.

Euer Hochachtungswürden!

In wenigen Wochen beginnt die Zeit des Kalendervertriebes für das bevorstehende Jahr 1909. Das ist eine vorzügliche Gelegenheit, gesunden Vespstoff im Volke zu verbreiten. Ist doch der Kalender das Buch, welches das ganze Jahr hindurch zur Hand genommen wird, wie wichtig ist es daher, daß der Kalender ein guter ist. Sollen aber die guten Kalender nicht schon das Feld besetzt finden, so ist deren früh- und rechtzeitige Verbreitung dringend geboten. In jedem Jahre laufen zahlreiche Zeitschriften bei uns ein, welche besagen, daß Haus für Haus in der Gemeinde der sozialdemokratische Parteikalender verteilt wird, ehe überhaupt ein anderer Kalender erschienen ist.

Gekleidet in das Gewand eines biederen Hausfreundes, finden diese Parteikalender leicht Eingang und richten oft genug Verwirrung an auch bei Gemeindegliedern, die sonst treu festhielten am christlichen Gemeindeleben. Was Schul- und Konfirmationsunterricht gegründet, was Gottesdienst und Seelsorge gepflegt und gefördert haben, wird durch die Einflüsterung und Einfügung dieser Kalenderliteratur vernichtet. Es gilt, eine Schutzwehr gegen diese Gefahr aufzurichten.

Da bieten sich nun die Kalender des Christlichen Zeitschriftenvereins an als bewährtes Gegenmittel, sie sind wirklich echte und rechte Hausfreunde, die in Wort und Bild zu uns sprechen von dem Segen deutscher evangelischer Lebensauffassung, von der Heiligung christlicher Sitte. In schlichter Sprache geschrieben, umfangreich im Stoff, reich illustriert, dabei ungemein wohlfeil, arbeiten unsere Kalender durch ihre bewährte Eigenart in Text und Illustration an der gedeihlichen Entwicklung unseres Volkslebens und wirken der gefährlichen Strömung, die an den Grundsätzen des Staates und der Kirche rüttelt, entschieden entgegen.

Von der Herausgabe nur eines Universalcalenders haben wir abgesehen, wohl aber neben unserem „Hauskalender“ und dem „Reichsboten“ den verschiedenen Berufskreisen in Stadt und Land, dem Soldaten und dem Manne, der seinem König gebietet hat, dem Arbeiter und der Arbeiterin, dem Schiffer und dem Eisenbahner und auch der lieben Jugend einen eigenen Kalender dargeboten. Das erfordert zwar große Mühe und Kosten, aber es ist unser Missionswerk, das unserm Volk zu lieb wir treiben. Der beiliegende Prospekt gibt über die einzelnen Arten, deren Inhalt und Preis nähere Auskunft. Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Pfarrer, für die Verbreitung unserer Kalender in Ihrer Gemeinde, in Vereinen, bei Industriellen und Gutsbesitzern und wo sonst noch Gelegenheit sich bietet, sich gütigst verwenden zu wollen, denn ohne solche tatkräftige Hilfe vermögen wir es nicht, die einzelnen Gemeindeglieder zu erreichen. Auch die etwa vorhandenen Synodalkalender bitten wir zum Vertrieb unserer Kalender veranlassen zu wollen. Gleichzeitig bitten wir, dem beiliegenden Kinderblatt „Jung Deutschland“ und dem dazu gehörigen Anzeigenblatt „Jung Pommern“ mit dessen Bezug die Darbietung eines farbigen christlichen Kunstblattes verbunden ist, gütige Beachtung schenken zu wollen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Christlicher Zeitschriftenverein.
Das Direktorium.

Brandin. Fahrtenhorst. Pankow.

Bemerkenswert ist dazu noch, daß es sich um nicht weniger als 7 (sieben) Kalender handelt, die im wesent-

lichen zur Arbeit gegen uns der Kirche und ihren Dienern (Euer Hochachtungswürden) empfohlen werden: „Hauskalender“, „Waterland“, „Deutscher Reichsbote“, „Feterabend“, „Fleißige Hände“, „Neuer Luther-Abreiß-Kalender“, „Jugendkalender“. Der Inhalt bewegt sich fast ganz in byzantinisch-hurrapatristisch-militär- und marine-kolonialbegeisterten Bahnen und verflucht sich schon dadurch an der gedeihlichen Entwicklung unseres Volkslebens. In welcher „gerechter“ Weise aber unsere politische Arbeit für das Volkwohl in den Kalendern beurteilt werden mag, das lassen folgende Thematika aus dem reichen Inhalt insbesondere der „Feterabend“ und „Waterland“ benannten Kalenderwerke ahnen: „Die christliche Gewerkschaftsbewegung“, „Sozialdemokratie und Religion“, „Sozialdemokratische Militärdienst-Verweigerung“, „Abreißkalender dieser Kalender den antiozialistischen „Volkswilligen“ von Staats und Kirchen wegen einen ganzen Wagen Geld. Die Auflagen jener Kalender sollen sein: „Hauskalender“ 410 000, „Feterabend“ 50 000, „Fleißige Hände“ 50 000, „Waterland“ 76 000, „Reichsbote“ 70 000. Summa 658 000 Stück. Der Preis beträgt auch bei Massenbezug wenigstens 15 Pf. pro Exemplar im Durchschnitt. Das macht fast 100 000 Mk., die für diese Kalender ausgegeben werden sollen zur Arbeit gegen uns. Die „Hochachtungswürdigen“ sollen es aufbringen aus ihren und ihrer Gemeindeglieder Taschen im Dienste des für die Politik der herrschenden Staatsgewalten arbeitenden „Christlichen Zeitschriften-Vereins“ — und wir werden nicht fehlgehen mit der Behauptung: sie werden es in unzähligen Fällen auch tun! Wir werden also auch in diesem Jahre wieder genug Gelegenheit haben, davon zu berichten, daß unsere durch die Opferwilligkeit der Genossen zur Aufklärung geschenkte verbreiteten Kalender von den vereinigten staatlich-kirchlichen Machthabern umgetauscht wurden. — Aber die von uns in die Volksseele hineingelegten Samenkörner werden, trotz aller patriotischen und volksfeindlichen Kalenderwerke, Frucht bringen zum Wohl der Gesamtheit aller Arbeitenden!

Soziales und Parteileben.

Ein Unternehmerkriech. Die Aktiengesellschaften sind gesetzlich verpflichtet, ihre Jahresbilanz zu veröffentlichen. Auf diese Weise erfährt man die Höhe der Unternehmergewinne. Bei Aufstellung von Lohnforderungen ist es natürlich von höchster Bedeutung, zu wissen, was den Aktionären mißgefallen in die Taschen gleitet. Den Unternehmern ist das längst unangenehm. Bisher haben sie, soweit Aktiengesellschaften in Frage kommen, sich vielfach damit geholfen, bedenkliche Abschreibungen an Häusern und Materialien, Maschinen und Modellen usw. vorzunehmen, um die Dividenden kleiner erscheinen zu lassen. Trotz dieser Manipulationen sind die als Dividenden verteilten Summen in den meisten Fällen noch enorm hoch gewesen. Jetzt endlich hat man einen Weg entdeckt, der eine gewisse Verschleierung der eigentlichen Profite erlaubt, und das Verdienst hieran hat der Direktor Dr. Schmidt von der Firma Krupp. In der Generalversammlung der Konordia, einer großen Zechengesellschaft, erschien auch besagter Dr. Schmidt, der die Aktien der Firma Krupp vertrat. Auf der Tagesordnung stand auch der Antrag, das Aktienkapital um 1 250 000 Mark zu erhöhen. Diesem Antrage trat Dr. Schmidt entgegen; er beantragte eine Erhöhung des Kapitals um 3 000 000 Mark. Die hierdurch erzielte Verwässerung des Aktienkapitals erweise ihm notwendig wegen der drohenden Dividendensteuer und auch, weil durch so hohe Dividenden, wie sie die „Konordia“ verteilte, die Begehrlichkeit der Arbeiterschaft sowohl wie die Industrie- und Regierungskreise in gleichem Maße wachse. — Es ist jedenfalls nicht ohne Interesse, daß es gerade ein Vertreter der Krupp-Werte ist, die vom Deutschen Reich enorme Summen verdienen, der, aus Besorgnis vor einer drohenden Dividendensteuer, schon jetzt Vorbehalte treffen will, dem Reich diese Einnahme nach Möglichkeit zu schmälern. Auf der anderen Seite ist nicht minder interessant, was dieser Vertreter eines Unternehmens, das sich immer mit seinen Wohlfahrtsanstalten brüht, über die Begehrlichkeit der Arbeiter sagt. Die Riesengewinne sollen verschleiert werden, damit die großen Werke sich schließlich gar noch als „notleidend“ bezeichnen können, wenn die Arbeiter höhere Löhne oder der Staat höhere Steuern fordere. So sieht die Opferwilligkeit des Großkapitals aus, das den Staat selbst nach Kräften ausbeutet. Der Vertreter Krupps ist zwar mit seinem Antrag abgefallen, das Großkapital wird aber sicher den geeigneten Weg noch beschreiten.

Kinderanbahnung. Ein Mitarbeiter der „Berliner Volkszeitung“ schildert in diesem Blatte die unerhörte Aus-

beutung der Handwerker im schlesischen Bergbau. Bei einer Arbeitszeit von früh 6 Uhr bis abends 10 Uhr kann dort ein Arbeiter kaum eine Mark pro Tag verdienen. Im Anschluß an diese Schilderung menschlichen Elends untersucht der Verfasser die Frage, ob den Leuten sich nicht auch andere Arbeitsgelegenheit bietet. Er verneint das, Grund und Boden könnten sie sich auch dann nicht kaufen, wenn sie die Mittel dazu hätten, weil der Großgrundbesitz alles an sich gerissen hat. Aber auch als Landarbeiter haben sie keine Aussicht Arbeit zu finden, denn die Großgrundbesitzer beschäftigen die noch billiger arbeitenden Galizier und — Schulkinder. Dorfkindern im Alter von 10 bis 14 Jahren werden im Sommer gegen einen Stundenlohn von 5 1/2, in Worten fünf und einen halben Pfennig, täglich 6 Stunden, nachmittags von 1 bis 7 Uhr im Feld, in den Rüben, Kartoffeln und dergleichen, d. h. in schattenloser Feldarbeit unter der Aufsicht eines Bogtes beschäftigt. Die Unterrichtszeit dieser Kinder liegt vormittags von 7 bis 10 Uhr, also: Drei Stunden Unterricht und sechs Stunden Feldarbeit, so steht die goldene Jugendzeit dieser Kinder aus! Hier haben sich die Verhältnisse seit 25 bis 30 Jahren wesentlich verschlechtert, denn damals wäre es keinem Dorfbewohner eingefallen, sein Kind auf den Acker des Rittergutes zu schicken, heute sind die Eltern froh, wenn ihre Kinder einen Verdienst von 33 Pf. für den Tag nach Hause bringen! Wenn nun aber viele Kinder nach ihrer Schulentlassung in die Industrie abwandern, so finden sie auch dort nur einen kärglichen Lohn. Denn dort kommt nur der Arbeiter mit guter Schulbildung vorwärts. Die fehlende aber den in solcher Umgebung aufgewachsenen Kindern. Die Halbtagschule, die hier überall die Regel ist, (der bestannte Lehrermangel macht aus ihr freilich noch an vielen Stellen zeitweise sogar eine Drittagsschule), kann trotz aller Nähe des Lehrers den Kindern kaum das notwendigste an Kenntnissen fürs Leben mitgeben.

Ein Gegenstück zu dieser wahrheitsgetreuen Schilderung läßt sich die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ von einem thüringischen Landgeistlichen berichten, der schreibt: „Ich bin Geistlicher in einem thüringischen Kirchspiel, zu dem zwei Waldorte gehören, die im rauhesten Teile des Landes liegen. Es ist keine Bahn in der Nähe, die Bewohner treiben Holzmacherei; sie nähren sich nicht besonders gut, trinken keinen Schnaps, wohl aber viel gutes, wenig alkoholisches Bier, sind meist arm, aber reich an Kindern (bis zu 17). Die Luft ist rein und feucht, das Wasser rein. Die Orte liegen 800 bis 750 Meter hoch, ihr Zuschnitt ist trotz der Fabrikarbeit ganz ländlich; die Leute halten sich viel im Freien, in Wald und Wiese auf; Kornbau wird gar nicht getrieben; der Schnee liegt oft sieben Monate hindurch. Unter den 1800 Bewohnern sind seit dem 1. August 1906, also seit zwei Jahren, im ganzen 36 Todesfälle vorgekommen. Unter den 26 gestorbenen Kindern befand sich eine Totgeburt, 2 Frühgeburten, 20 Säuglinge unter einem halben Jahre, 2 Kinder von einhalb bis zwei Jahren. Demgegenüber waren in derselben Zeit 106 Geburten zu verzeichnen. Gewiß ein Beweis dafür, daß auch das arme Land ein reicher Quell der Volkserneuerung sein kann und ist.“

Der Geistliche scheint die Welt mit ganz eignen Augen anzusehen, sonst müßte es ihm doch auffällig erscheinen, wenn von 106 Kindern 20 im ersten halben Lebensjahre gestorben sind. Gerade der thüringische Wald ist dafür bekannt, daß dort die Löhne am traurigsten, und die Ernährungsweise am kümmerlichsten ist. Warum sagt denn der biedere Landesgeistliche nicht, weshalb die Leute sich nicht besonders gut nähren? Würde er das der Wahrheit gemäß feststellen, dann würde sich das Bändlerblatt hüthen, den Artikel abzudrucken.

Der Nahrungsmittelverbrauch der deutschen Bevölkerung. Nach den im statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich enthaltenen Zahlen kam auf den Kopf der Bevölkerung:

	Roggen	Weizen	Gerste	Kartoffeln
1903/04	154,8 kg.	93,2 kg.	80,8 kg.	614,1 kg.
1904/05	147,0 "	93,4 "	71,3 "	502,8 "
1905/06	149,0 "	99,8 "	78,4 "	687,0 "
1906/07	143,5 "	94,4 "	82,5 "	592,6 "

Mit Ausnahme von Gerste, also ein Rückgang auf all diesen Gebieten. Da nicht behauptet werden wird, daß die Bevölkerung in vermehrtem Maße Fleisch gegessen hat, lassen diese Zahlen nur den einen Rückschluß zu, daß die Lebenshaltung der breiten Massen sich verschlechtert hat. Im letzten Berichtsjahre entfiel auf den Kopf der Bevölkerung an Trinken 4 Liter, an Branntwein zu gewerblichen Zwecken 2,2 Liter. Hier entfiel auf den Kopf 118 Liter. Der Tabakkonsum ist zurückgegangen von 1,7 Kilogr. auf 1,5 Kilogr. pro Kopf. Dagegen ist der Salzverbrauch gestiegen, nämlich von 19,8 Kilogr. auf 21,8 Kilogr. Der Verbrauch an Zucker hat eine wesentliche Steigerung nicht er-

tion wurde, wie Ihr wißt, ausgegeben, und nur fünf haben seine Beschäftigung bekommen. Die anderen suchen noch Arbeit.

„Hac Sie selber?“
„Ich gehe damit um, irgendwo in der Gegend hier einen passenden Verbergrund zu finden.“

„Guter Mann hier, glaub ich.“
„Ich hoffe so, und will Euch wünschen, daß Ihr ausharrt und Euch wohl dabei befindet. Ich kann Euch sagen, Loby, es freut mich aufrichtig, Euch hier zu sehen.“

„Das ruhige Blut fehlt nur“, meinte Loby, „ich hab's schon an mancher Stelle gut gehabt und habe doch immer noch einer besseren gesucht. Wenn man aber älter wird, gibt sich das auch, und mit den Jahren soll ja, wie die Leute sagen, der Verstand ebenfalls kommen; da hab' ich immer noch Hoffnung. Kann ich Ihnen vielleicht in irgend etwas behilflich sein?“

„Nein, ich dank Euch“, erwiderte Mac Donald und warbte sich von ihm ab. „Aber“, legte er dann lächelnd hinzu, „kann ich Euch vielleicht dienen, wie steht's mit Geld?“

„Anweisung auf zwanzig Pfund, heut übers Jahr zu erheben“, lachte der Mann, „sonst, wie immer, die Taschen leer.“

„Dann laßt Euch wenigstens einige Kleinigkeiten, die Ihr hier in Eurem neuen Wirkungskreise braucht“, sagte Mac Donald und warf ihm ein Goldstück zu, und ohne den Haat des Mannes abzuwarten, der sich damit aber auch nicht beehrte, ritt er langsam zu den übrigen Stockrepern hin, die sich schon gesammelt hatten, um den Rückweg anzutreten.

„Das ist gerade so gut, als ob Ihr das Goldstück in einen Brunnen geworfen hättet“, sagte Bale, der sich wieder zu Mac Donald hielt und dazwischen den Leuten noch einige Bescheute erteilte. „Derart Volk ist Geld gerade so viel nütze, wie Kindern ein geladenes Gewehr, sie gefährden dadurch sich und andere.“

„Er wird dafür sorgen, daß er nicht lange der Gefahr ausgesetzt bleibt“, lachte Mac Donald, „und hier im Busch kann er doch eigentlich weiter nichts bekommen als Tabak und vielleicht eine Kleinigkeit von Rum.“

„Das ist schon wahr. Also Sie kennen den Busch von früher, ist er zuverlässig?“

„Ich möchte für keinen von allen diesen Buschleuten gutglauben“, erwiderte Mac Donald ausweichend. „Die meisten von ihnen sind frühere Sträflinge, Loby wird keine Ausnahme machen, ist auch mit der Geschichte seiner früheren Jahre sehr zurückhaltend, und ob sie sich gebessert haben oder nicht, kann man ihnen eben nicht von der Stirn ablesen.“

„Wenn das wäre, ließe mancher nicht frei im Busch umher“, sagte Bale.

„Ich denke eben, Loby ist nicht schlimmer als die anderen, und je weniger man den Leuten anzuvertrauen braucht, desto besser ist's.“

„Ihr Gespräch wurde hier durch die übrigen Leute unterbrochen. Bale gab dem eben herbeikomenden Hendricks noch einige Aufträge, und bald sprengte ein Teil des kleinen Trupps der Hauptstation wieder zu, während die anderen nach ihren verschiedenen Außenplätzen abritten.“

VIII.

Die schwarze Polizei.

Am dem Abend ging es gar still in Mr. Powell's Wohnung zu. Der Streifzug gegen die Schwarzen war allerdings geblüht, Mr. Powell aber keineswegs mit dem Resultat zufrieden. Georg kam garnicht zu Tische; Mr. Bale, der heute mit im Hause war, schien noch verdrücklich über den Verlust seines Pferdes, und William hatte dem Fremden die Demütigung nicht vergessen, die er heute von ihm erfuhr, und die ihn merkwürdigerweise um so mehr ärgerte, als er sich jetzt selber gesehen mußte, daß er sie verdient habe. Geht uns denn das nicht oft so in der Welt?

Auch die Frauen waren einfüßig — das vergossene Blut warf seinen düstern Schatten über ihren heitern Kreis, und früher als gewöhnlich brachen alle ein. Daß übrigens der nachlässige Hüttenwächter, der eigentlich die ganze Schuld des Unfalls, oder wenigstens einen großen Teil desselben trug wie Bale dem Herrn vorhielt, augenblicklich seines Dienstes entlassen werden sollte, fand dieser in seiner überdies gereizten Stimmung ganz in der Ordnung, und dankte dem Aufseher, daß er gleich einen anderen passenden Mann an seiner Statt engagiert hatte. Miller sollte morgen früh abgelohnt werden und jener Loby an seiner Statt eintreten.

Was die bei der Station lagernden Schwarzen betraf, so hatten sie sich an diesem Tage vollkommen ruhig betragen und meist mit dem Fischfang beschäftigt. Nur ein paar der jungen Leute waren, wie Mr. Powell glaubte, abgeschickt worden, um zu rekonnostrieren, was mit dem andern Stamm geschehe. Gegen Abend schien es jedoch, als ob einer dieser Kundschafter eine wichtige Nachricht bringe, denn die Murfas hatten sich versammelt und eine lange eifrige Unterredung mit einander gehalten, zu der auch Naguulloman von seinem Sandhügel herabgekommen war. Natürlich glaubte Mr. Powell, daß es die Niederlage des anderen Stammes betraf, mit dem diese Schwarzen, mochten sie sich auch noch so unschuldig stellen, doch wohl in näherer Verbindung standen, als sie wohl eingestehen mochten. Keineswegs hatten sie aber Teil an dem Schanddiebstahl gehabt, und Mr. Powell dachte nicht daran, sie zu belästigen, ja gab sogar abends noch Auftrag, ihnen für einige Fische, die sie am Nachmittag ins Haus gebracht, am nächsten Morgen zwei von den getöteten Schafen zuzustellen.

Um so größer war am nächsten Morgen das Erstaunen der ganzen Station, das Lager der Schwarzen vollständig geräumt und verlassen zu finden. Die Feuer glühten noch, aber schon mit der frühesten Dämmerung mußte der ganze Stamm aufgebrochen sein, und zwar über den Fluß hinüber, zu dessen Ufer die Spuren führten, während an der andern Seite noch fünf oder sechs der gewöhnlichen einfachen Kindenkanoes, mit denen sie ihre Überfahrt bewerkstelligt hatten, lagen.

Nur ein einziges Feuer brannte, eine einzige Gungo stand noch, und zwar die Naguullomans auf dem Sandhügel, und der unglückliche, von seinem Stamme verlassene Krüppel saß da oben allein bei seinem Feuer. Hatten die armen Leute gefürchtet, daß die Weißen, deren Schüsse sie vielleicht im Busche gehört, heute gegen sie vornehmen würden, was sie gestern gegen einen andern Stamm ausgeführt? — Wie grundlos wäre solche Angst gewesen! Auch schien die ganz entgegengesetzte Richtung, die sie genommen, schon zu beweisen, daß sie keineswegs zu den Räubern gehörten, mit denen sie sich sonst jedenfalls vereinigt haben würden. Und wie eilig mußte selbst ihre Flucht gewesen sein, daß sie den Unglücklichen allein zurück- und der Gnade der Weißen überlassen hatten!

(Fortsetzung folgt.)

fahren, er stieg von 16,6 Kilogr. auf 16,8 Kilogramm. Von anderen Nahrungs- und Genussmitteln entfielen auf den Kopf der Bevölkerung: Gewürze 0,17 Kilogr., Serringe 3,12 Kilogramm, Kaffee 3,02 Kilogr., Kakao 0,52 Kilogr., Reis 2,51 Kilogr., Süßfrüchte 2,96 Kilogr., Tee 0,06 Kilogr. Einige Nahrungsmittelpreise ergaben für Berlin, wenn man die Preise von 1898 und 1907 vergleicht, folgende Differenzen: Es stiegen Kartoffeln von 4,70 Mk. auf 5,88 Mk. pro Doppelzentner, Butter von 2,24 Mk. auf 2,47 Mk. pro Kilogramm, Rindfleisch von 1,26 Mk. auf 1,55 Mk. pro Kilogramm, Schweinefleisch von 1,40 Mk. auf 1,49 Mk. pro Kilogramm.

Die nationalen Arbeiter gegen die Metallindustriellen. Der Arbeiterausschuß nationaler Arbeiter- und Gehilfen-Organisationen in Leipzig hat in seiner letzten Sitzung zu dem Erlaß der bayerischen Metallindustriellen folgende Resolution gefaßt: „Der Arbeiterausschuß nationaler Arbeiter- und Gehilfen-Organisationen verurteilt die Eingriffe des Verbandes bayerischer Metallindustrieller in das Recht freier Organisationen der Angestellten. Dieser Eingriff zeugt von völliger Verstandlosigkeit für soziale Fragen und Aufgabengabe der Angestelltenverbände. Der Arbeiterausschuß fordert von den Verbänden sofortige Rücknahme des Erlasses und völlige Anerkennung der Berufsorganisationen; ferner fordert er vom Gesetzgeber, daß derartige Eingriffe in das Koalitionsrecht unter Strafe gestellt werden.“ Weiter wurde beschlossen, an den Rat der Stadt Leipzig und an die Stadtverordneten das Gesuch zu richten, städtische Arbeiten nur an solche Firmen zu vergeben, die ihren Angestellten und Arbeitern das freie Koalitionsrecht wahren.“

Ein Bracht-Dokument. In der Dachpappenfabrik von Richard in Weißstein (Schlesien) wollten die Arbeiter endlich einmal die veralteten Zustände beseitigen. Seitens der Organisation sind nun die Wünsche der Arbeiter Herrn Richard in höflicher Form überliefert worden. Nachstehend nun die Antwort, die Herr Richard seinen Arbeitern zu geben geruht hat:

Meine Antwort auf die am Montag gezeigte Lust zur Niederlegung der Arbeit ist folgende:

1. Ich lasse mir von keinem meiner Leute auch nur die geringsten Vorschriften machen, zum allerwenigsten aber mir etwa aufzwingen.

2. Ich erwarte heut Kündigung von Seiten der Herren, denen es hier nicht paßt.

3. Jeder, der nur noch ein einziges Mal den Versuch macht, meine Leute zu verhexen und zu beleidigen, die nicht im sozialdemokratischen Verbands sind, oder der sozialdemokratische Flug- und Hefblätter in meinem Betriebe oder auf Bau verteilt, erhält seine sofortige Kündigung.

Dies noch im guten. Ich warne ausdrücklich und entlasse jeden, der dawider handelt, ganz gleich wer.

Emilienhütte C. Richard & Söhne.

Inh.: Hugo Richard.

Hugo Richard.

Dies noch im guten, warnt Herr Richard. Wie mag es da den Arbeitern wohl ergehen, wenn der Herr Chef die schlechte Jacke anhat. Daß in der Dachpappenfabrik bei elfstündiger Arbeitszeit noch Löhne von 2,40 Mk. bezahlt werden, besagt im übrigen genug.

Unternehmermoral. Die Dresdener „Volkszeitung“ berichtet: Während die Unternehmer in der eifrigsten Weise Polizei und Gerichte auf streikende Arbeiter hegen, wenn nur der geringste Verdacht einer Ungehorsamkeit nach ihrer Meinung vorliegt, verlegen sie unbedenklich die Gesetze und denken: Wo kein Kläger, ist kein Richter. Jetzt fliegt uns folgendes Zirkular auf den Tisch:

Emil Wagner u. Sohn, Baumeister, Blasewitz.

Blasewitz, den 26. Juli 1908.

Den geehrten Mitgliedern

des Arbeitgeber-Verbandes für das Baugewerbe

zu Dresden

teilen wir hierdurch höflichst mit, daß gestern die bei uns am Tiefbau beschäftigten Bauhilfsarbeiter wegen Lohn-differenzen die Arbeit einstellten.

Wir bitten, die nachstehend verzeichneten Leute nicht einzustellen bzw. bereits eingestellte sofort wieder zu entlassen.

Hochachtungsvoll

Emil Wagner u. Sohn.

Es folgen dann die Namen von 52 Arbeitern mit der genauen Angabe der sämtlichen Vornamen und des Geburtsdatums. Also in aller Form ein Versuch, ehrliche Arbeiter, die für die Aufrechterhaltung des vereinbarten Tarifs kämpfen, an freiwilliger Arbeit zu hindern, welche Tat ja wohl mit schwerster Strafe belegt werden soll.

Wer ruiniert den Mittelstand und den Kleinbauer? Die Verlogenheit der Behauptung, die Sozialdemokratie sei die Todfeindin des Mittelstandes, muß gegenwärtig von der bürgerlichen Presse wieder einmal selbst zugegeben werden durch eine Notiz, welche durch alle Odenwaldblätter die Runde macht. Diese Notiz lautet:

„Das Ende des Schälwaldes. Die großen Lederfabriken Seyl u. Co., Dörr und Reinhardt in Worms, und Freudenberger in Weinheim und Schönau haben in den letzten acht Tagen den Oberförstereien, Domänen und den Gemeinden des badischen und hessischen Odenwaldes ein Zirkular zugehen lassen, in welchem sie denselben mitteilen, daß der Einkauf von Eichenlohrinden vom nächsten Jahre ab fast vollständig eingestellt wird, da sie genügend Ersatz in Chemikalien zur Gerbung gefunden haben. Weich harter Schlag damit den Hackmalb bauenden Gemeinden bereitet wird und wie viel Verdienst damit der arbeitenden Bevölkerung und den Fuhrwerksbesitzern entzogen wird, kann man sich vorstellen. Durch den gänzlichen Verlust der Hackmalbeinnahmen werden die Umfragen in den betreffenden Orten bedeutend steigen.“

Dafür werden aber — hätten diese bürgerlichen Mittelstandsfreunde — noch hinzuzufügen sollen — die Unternehmerrücklässe der großen Lederfabrikanten noch bedeutend steigen. Und das ist heutzutage ja der Zweck unserer privatkapitalistischen Wirtschaftsweise; nicht das Wohl der Allgemeinheit, der Masse des Volkes, sondern die immense Bereicherung einzelner weniger wird als göttliche Weltordnung gepriesen, und wer solchen Wahnsinn nicht glauben will, wird als sozialdemokratischer Feind und Mörder verächtet. Jahrzehntelang hat man den Odenwälder Bauern den Wauwau vorgemacht, die Sozialdemokraten wollten ihnen ihr Viehstom nehmen, mit ihnen teilen, sie zu armen Tagelöhnern machen. Und jetzt müssen diese selben Odenwälder sehen, wie das unerfäthliche Großkapital, nachdem es zuerst alle kleineren Gerbereibetriebe aufgefressen hat, seine Blutaugerarme nach den Produzenten des Rohmaterials ausstreckt, wie es diesen den Hals umdreht, weil eine andere Produktionsmethode die billigere ist. Wo bleibt da der Patriotismus der sozialistressenden Lederkönige? Wo deren väterliche Fürsorge für die kleinen Leute, welche durch unendliche billige Arbeitskraft den Lederfabriken die Konkurrenz auf dem Weltmarkt ermöglicht haben? Gewiß, die Verwendung von Chemikalien an Stelle der Rinde mag ein

technischer Fortschritt sein, und als solchen begrüßen wir Sozialdemokraten denselben. Aber dieser Fortschritt dient im Zeitalter der privatkapitalistischen Wirtschaft nur ein paar wenigen Menschen zur Bereicherung und wird in diesem Falle einer großen Zahl von Odenwaldbauern zum Fluch, raubt Hunderten und Tausenden ihren mühseligen Verdienst noch ganz, ohne daß die Bereicherten sich darum kümmern, noch sich zu kümmern brauchen, wie es den Entsetzten, in Not gestohlenen Mitmenschen in Zukunft gehen werde. Dieses erschütternde Drama, wo der kapitalistischen Entwicklung eine Unsumme von Menschenglück einer ganzen Gegend zum Opfer gebracht werden muß, wird die Odenwälder Kleinbauern hoffentlich zum schon lange nötigen Nachdenken veranlassen. Dann werden sie erkennen, daß nicht die Sozialdemokratie ihr Feind ist, sondern die bürgerlichen Parteien, welche das arbeitende Volk wehrlos, mit gebundenen Händen, dem gefräßigen Großkapital ausliefern.

Unternehmerterrorismus. Im Konflikt des Verbandes bayerischer Metallindustrieller gegen die organisierte Beamtenschaft haben — nach den vorliegenden Meldungen — bis 30. Juli 225 verheiratete Beamte „freiwillig“ ihren Austritt aus den Berufsorganisationen erklärt. Sie erhielten dafür einen Zubacklohn von je 300 bis 600 Mark, den man schamhaft Teuerungszulage nannte.

Die „Vulkan“-Werft und die Gelben. Wie bestimmt verlautet, hat sich die Direktion der Werft „Vulkan“, Stettin, deren Arbeiter zurzeit ausgeperrt sind, an die Direktion der Maschinenfabrik Augsburg um Übersendung der nötigen Unterlagen zur Gründung einer gelben Arbeitervereinigung gewandt. In Augsburg sitzen bekanntlich die Gründer und eifrigsten Förderer der gelben Arbeitervereine. Der gelbe Werkverein dieser Fabrik, der stärkste in ganz Deutschland, wurde unmittelbar nach der Auslieferung in der bayerischen Metallindustrie 1905 ins Leben gerufen. Hoffentlich gelingt es unseren Stettiner Genossen, die Versuche der Direktion der „Vulkan“-Werft zur Gründung einer gelben Organisation aufzuhalten zu machen.

Um ein Prinzen-Examen. Unser Straßburger Parteiblatt, die „Freie Presse“, ist soeben in einen Prozeß hineingezogen worden, der wahrlich seinesgleichen in der Geschichte der deutschen Justiz vergeblich sucht. Und zwar kam das so: Prinz August Wilhelm, der vierte Sohn des deutschen Kaisers, hat in Straßburg sein Dokorexamen als doctor rerum politicarum gemacht. Nun hat der junge Mann in Bonn zwei Semester studiert und zwei Semester in Straßburg, im ganzen also vier Semester oder zwei Jahre. Nun verlangt aber die Prüfungsordnung ein Studium von mindestens sechs Semestern; tatsächlich wird aber von den Professoren der Staatswissenschaften ein Studium von acht Semestern verlangt. Und mit gutem Grund. Das Gebiet der Staatswissenschaften (also Volkswirtschaft, Finanzwesen usw.), einschließlich des Staatsrechts und des Verwaltungsrechts, ist so groß, daß tatsächlich ein sehr weitreichendes Studium erforderlich ist. Aber ein Prinz ist bekanntlich besonders befähigt, befähigter als andere Sterbliche. Und so genehmigte das Ministerium in Straßburg, daß der Prinz bereits am Ende des 4. Semesters seine Doktorprüfung machte. In den weitesten Kreisen lachte man über die ganze Geschichte, als man hörte, der Prinz habe die Prüfung mit der Note summa cum laude, d. h. ausgezeichnet, bestanden. Gerade die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Straßburg ist sonst dafür bekannt, daß sie große Anforderungen an den jungen Dr. rer. pol. stellt. Und da kommt ein junger Prinz von 20 Jahren, studiert 1 1/2 Jahre und wird Dr. rer. pol. mit der Note „ausgezeichnet“. Während nun die bürgerliche Presse, mit Ausnahme eines demokratischen Blattes, entzückt der Welt von den großen Taten des Prinzen erzählte, brachte die sozialdemokratische Presse scharfe Berichte. Sie ging scharf ins Feuer und behauptete dabei, ein Professor habe sich dahin geäußert, der Prinz habe Recht gehabt, aber... es sei halt ein Prinz. Wegen dieser Äußerung stellten die Mitglieder der Prüfungskommission Strafantrag gegen die „Freie Presse“ und gegen das genannte Demokratienblatt, das eine ähnliche Äußerung zitiert hatte. Außerdem hat die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät der Universität erstucht, Strafantrag auf Grund § 196 des Strafgesetzbuches zu stellen. Sie fühlt sich beleidigt, weil man sie kritisiert hat. Die Angelegenheit verpricht infolgedessen recht interessant zu werden. Unser Parteiblatt wird voraussichtlich Beweis dafür antreten, daß sich ein Professor in der genannten Weise geäußert hat, eventuell auch, daß das Examen buchstäblich die Kritik herausforderte. Die Antragsteller werden jedenfalls bezwungen werden, daß das Prinzenexamen in aller Ordnung verlaufen.

Zu einer gewaltigen Demonstration gegen das preussische Unterregiment gestaltete sich das Meeting auf der Klosterneue Limburg bei Bad Dürkheim, das am Sonntag nachmittag stattfand. Wohl an 8-9000 Personen pilgerten zur Rulle hinaus, um dort den Reflexen der Genossen Eisner-Mürnberg und Frank-Mannheim zu lauschen, die über die äußere und innere Politik Deutschlands sprachen. Die Redner wurden von den Massen durch spontane Beifallstundgebungen unterbrochen. Für die bevorstehenden Wahlen war das Meeting von anfeuernder Begeisterung.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Justiz tritt nie. Der Anstreichergehilfe Karl Kamp-haus aus Dortmund hatte, noch nicht 18 Jahre alt, einem Bogensbruder eine Uhr gestohlen und einem Arbeiter ein Portemonnaie gewaltsam entziffen, wofür er seinerzeit sieben Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Schwerterlust erhielt. Nachdem der Angeklagte seine Strafe verbüßt hatte, wurde das Urteil mit der Begründung angefochten, daß der Verurteilte zurzeit des Begehens des Verbrechens unmündig war, er also nicht zu Zuchthausstrafe verurteilt werden konnte. Im Wiedererkaufnahmeverfahren erhielt Kamphaus jetzt 4 Jahre 6 Monate Gefängnis wegen Raubes und Diebstahls. Das erstinstanzliche Urteil wurde aufgehoben. — Man sollte es für kaum glaublich halten, daß ein solcher Irrtum einem Gerichtshofe und der Staatsanwaltschaft unterlaufen konnte. Trotzdem wird derjenige hinter Kerkerwauern gesteckt, der seinem Zweifel an der Unschickbarkeit der Richter öffentlich in vielerlei etwas scharfen Worten Ausdruck gibt.

Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich der 88jährige vorbestrafte Gummacher Wald vor der Strafkammer in Zwickau zu verantworten. Er sollte Anfang Juni in Zwickau von einem Schuhmann verhaftet werden, widersetzte sich aber und stieß dabei in der Trunkenheit auch Beleidigungen gegen den deutschen Kaiser aus. Das Gericht kam auf Grund der Verhandlungs-Ergebnisse zu der Ansicht, daß die Beleidigung des deutschen Kaisers nicht in der Absicht der Ehrverletzung sowie nicht böswillig und mit Überlegung begangen sei und stellte deshalb, da sie solchenfalls nach dem Gesetze vom 17. Februar d. J. nicht als Majestätsbeleidigung strafbar ist, als einfache Beleidigung aber mangels Strafantrags des Beleidigten nicht bestraft werden kann, insoweit das Verfahren ein.

Militärjustiz. Der Plonier Hermann Schulze vom Plonierbataillon Nr. 18 in Königsberg war vom Sergeanten Figurski vor schriftswidrig behandelt worden. Deshalb hatte er ihn auch, als er ihm den Befehl gab, auf Kasernenwache zu ziehen, den Gehorsam verweigert, was ihn vor das Kriegsgericht brachte. Auf Grund der Beweisaufnahme verurteilte sogar der Vertreter der Anklage die Tatsache nicht von der Hand zu weisen, daß der Angeklagte durch vorschriftswidrige Behandlung des Sergeanten Figurski, die darin zu erblicken sei, daß dieser ihn in Wänderung des Kommandos des Feldwebels zu der schweren Dienstleistung bei der Kasernenwache habe übernehmen wollen, zu der Verurteilung gereizt worden sei. In einem solchen Falle könne nach dem Militärstrafgesetzbuch die verwirkte Strafe bis auf die Hälfte ermäßigt werden. Der Angeklagte, dem das Zeugnis ausgestellt wurde, daß er ein er der besten Soldaten der Kompanie sei und sich auch noch nicht die geringste Strafe zugezogen hatte, wurde zu 24 Tagen strengen Arrest verurteilt — eine Strafe, die seine Gesundheit schwer schädigen, ja sogar ruinieren kann. Der Sergeant ging frei aus, da er nicht einmal angeklagt war.

Genossenschaftsbewegung.

Wieder ein Ausnahmestenergesetzentwurf gegen Konsumvereine. Wenn jetzt irgendwo in deutschen Landen eine Steuervorlage ausgearbeitet wird, dann muß sie auch zugleich dem Zwecke dienen, die Entwicklung der Konsumgenossenschaften zu beeinträchtigen. Vor kurzem hat sich in Lübeck eine Vorlage das Licht der Welt erblickt durch die den Konsumvereinen schädliches Unrecht zugefügt werden soll, und jetzt wandelt Bayern auf den gleichen Bahnen. Dieser Tage sind die Gesetzentwürfe zur Reform der direkten Steuern in Bayern publiziert worden. Sie unterstellen auch die Genossenschaften der Steuerpflicht, lassen ihnen gegenüber aber Ausnahmen zu. Steuerfrei bleiben nach dem Entwurfe:

die Genossenschaften, die zur Förderung ihrer Zwecke Unterzügen aus Staatsmitteln erhalten;

die Genossenschaften, die den ihrem Zwecke entsprechenden Geschäftsbetrieb auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränken, soweit sie nicht die Erzielung eines gewerblichen Gewinnes anstreben.

Zu der letzteren Kategorie der Genossenschaften gehören auch die Konsumvereine. Damit aber diese nicht dem Steuerstatus entgehen, hat der Verfasser der Entwurfs-Flugs folgende Ausnahmestellungungen getroffen:

Von der Befreiung sind ausgenommen:

- a) Konsumvereine, sofern sie nicht als landwirtschaftliche Konsumvereine nur den Bezug der für den landwirtschaftlichen Betrieb erforderlichen Waren vermitteln;
- b) Vor- und Kreditvereine mit ausgedehntem bankähnlichem Betriebe.

Das ist also eine reine nackte Ausnahmestellungung zum Nachteil der Konsumgenossenschaften. Die landwirtschaftlichen und Handwerker-genossenschaften, die obendrein vom Staate namhafte Unterstützung beziehen, werden als steuerfrei erklärt; die Genossenschaften der städtischen Konsumenten, in denen zur Hauptsache Arbeiter, kleine Beamte und Handwerker die Mitgliedschaft erwerben, müssen Steuern zahlen. Die Anerkennung dafür, daß diese Bevölkerungsschicht ohne Staatshilfe erfolgreiche genossenschaftliche Arbeit leistet, drückt der bayerische Staat dadurch aus, daß er sie härter besteuert wie die anderen Bevölkerungsgruppen.

Warum das? Hören wir, was ein Sachverständiger, Dr. Riehn, darüber auf dem Genossenschaftstage des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine ausführte:

„Den Regierungen sind genau so wie dem Kleinhandel und seinen parteipolitischen Interessenten die Konsumvereine zu groß und zahlreich geworden. Wären sie schon klein, sein und selten geblieben wie vor Jahrzehnten, als sie dem wohl-situierten Bürger und dem Beamten eine gute Flasche Wein und eine wohlgeschmeckende Leberwurst für wenig Geld besorgen halfen, so hätten sie ihr Steuerrecht ganz sicher auch heute noch. Aber sie zählen zum Teil viel tausend Mitglieder, machen Millionenumsätze, haben mit den Massen der Zünd-fabrikarbeiter Fühlung genommen, werden zur Volksgenossenschaft!“

In Großbritannien fanden die Politiker und Staatsmänner dies erfreulich. Rühmend bezeichnete Lord Rosebery als konservativer Premierminister die britische Konsumvereinebewegung als einen Staat im Staate. In Deutschland dagegen hatte man den Arbeitern die genossenschaftliche Betätigung wohl empfohlen, aber dabei immer mehr die Theorie als die Praxis vor Augen gehabt. Man erschraut nun ordentlich vor den genossenschaftlichen Erfolgen. Noch heute berichten gewisse Blätter über die einfache Tatsache, daß die deutschen Konsumvereine schon so viel Millionen Markt-Ertrübnung erzielt haben, entrüsteter als über einen Diebstahl. Leute, die im vertrauten Milliardenkapital eine naturgemäße Entwicklung preisen, lenken salbungsvoll die Aufmerksamkeit der Regierung auf die „bedenkliche Erscheinung“, daß es Konsumvereine mit Millionenumsätzen gibt. Natürlich wären solche Leute in Deutschland ebenso unmöglich wie die Regierungen, die auf sie hören, wenn eben nicht — ganz im Gegensatz zu Großbritannien — bei den herrschenden Kreisen immer noch die Vorstellung von der Lohnarbeit als wirtschaftlicher Höflichkeit bestände trotz aller verfassungsmäßigen Gleichheit vor dem Gesetze. Und wenn nicht die unbändige Furcht vor dem Sozialismus die politische Sozialdemokratie sogar in der Konsumentenorganisation, die als rein wirtschaftliche Unternehmung gar nichts mit ihr zu tun hat, zu Schwärmern hoffte. So aber fand das Kleinhandlertum alle Voraussetzungen für die von ihm begährte gesetzgeberische Bekämpfung seines Konsumgenossenschaftlichen Konkurrenten vor. Das Konsumvereinswesen wurde als eine boshafte Spielerei hingestellt, dazu er-sonnen, unter sozialdemokratischer Führung den „Mittelstand“ zu proletarisieren und so für den Umsturz zu gewinnen. Soll der Staat in ihm nicht ein Bollwerk gegen den Umsturz verlieren, so muß etwas Besonderes zu seiner Rettung geschehen. Vor allem eine energische Besteuerung“ zum Ausgleich der „ungleichartigen Konkurrenzbedingungen“, nämlich der ökonomischen Überlegenheit des Konsumvereins auf der einen und der Kleinhandlertischen Rückständigkeit auf der anderen Seite.

Das sind die politischen Triebkräfte, die seit den 90er Jahren das Steuerrecht der Konsumvereine in die Bahn der Ausnahme- und Klaffengesetzgebung gedrängt haben. Und die vor allem hinterwärts durch das Mittel der Besteuerung heute mehr denn je zu erstreben suchen, was im öffentlichen Kampfe von vorn nicht gewagt werden kann; nämlich die Beschränkung des wirtschaftlichen Organisationsrechts der Bevölkerung in ihrer Eigenschaft als Konsument.“

Umsätze der Großverkaufsgesellschaften im ersten Quartal 1908. Nach den uns vorliegenden Berichten betragen

